

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 1: Nachhaltige Stadt

1 Text

2 **Nachhaltige Stadt**

3 Bremen ist schön, das wissen viele Menschen und wohnen gerne hier. Seit 2012
4 wächst Bremen sogar wieder, vor allem in der Altersgruppe der 18-30-jährigen.
5 Bremen ist im Großstädtevergleich eine grüne Stadt mit einer gut ausgebauten
6 Infrastruktur: Fahrradwege und Nahverkehr sorgen für umweltfreundliche
7 Mobilität. Bremen hat attraktive Wohnquartiere und bezahlbare Mieten und bietet
8 ein großstädtisches Kulturangebot. Seine Geschichte als Handelsstandort prägt
9 das Klima einer toleranten Stadt. Für junge Menschen sind Universität und
10 Hochschulen begehrte Ausbildungsorte.

11 **Stadtentwicklung und Bauen**

12 Das unter Grüner Federführung entwickelte Leitbild „Bremen 2020: lebenswert -
13 urban vernetzt“ prägt die Stadtentwicklung seit acht Jahren. Wir wollen eine
14 Stadt, die den sozialen Ausgleich fördert mit Schulen, Kindertageseinrichtungen,
15 Freizeit- und Kultureinrichtungen in der Nähe. Wir strengen uns an, die vielen
16 Grünflächen und Bäume zu erhalten. Sie sorgen im wahrsten Sinne des Wortes für
17 ein gutes Klima. Wir wollen die Verkehrsanbindung der Stadtteile weiterhin so
18 gestalten, dass auch ein Leben ohne Auto leicht möglich ist.

19 In den vergangenen vier Jahren haben wir den Bremer Flächennutzungsplan, das
20 Landschaftsprogramm, den Verkehrsentwicklungsplan und das Innenstadtkonzept
21 entwickelt. Das sind Grundlagen, die Bremen für die nächsten Jahrzehnte prägen
22 werden: für gute Nachbarschaften, offene und gemischte Quartiere, hohe
23 Umweltqualität, eine nachhaltige Nutzung der Infrastruktur und eine faire
24 Verteilung von Lasten und Vorteilen urbanen Lebens. =12.0ptWir pflegen Bremen
25 als Stadt der Quartiere: Das Zentren- und Nahversorgungskonzept und
26 entsprechende Vereinbarungen auch mit dem Umland sichern lebens- und
27 lebenswerte Stadtteile mit hoher Wohn-, Aufenthalts- und Lebensqualität.

28 Wir wollen ausreichend und bezahlbaren Wohnraum anbieten. Dafür braucht Bremen
29 jährlich 1.300 neue Wohnungen. Das schaffen wir inzwischen: 2013 wurden 1.600
30 Baugenehmigungen erteilt - nachdem unter Verantwortung der Großen Koalition die

31 Neubaurate auf 600 Wohnungen jährlich gefallen war. Wir haben mit dem Bündnis
32 für Wohnen ein 40 Millionen Euro schweres Wohnraumförderprogramm aufgelegt, das
33 einen 25-Prozent-Anteil von öffentlich geförderten, preiswerten Wohnungen
34 überall dort sicherstellt, wo die Stadt durch Baurecht oder den Verkauf eigener
35 Flächen Einfluss hat. Gefördert werden damit insbesondere kleinere Wohnungen für
36 Singles und Paare sowie Wohnraum für größere Familien. Außerdem wollen wir
37 gezielt für eine wachsende Zahl an Studierenden und Auszubildenden sowie für
38 Flüchtlinge Wohnungen schaffen.

39 Die gesellschaftliche und demografische Entwicklung verlangt nach neuen
40 Wohnformen: Bremen braucht vermehrt generationenübergreifenden, flexibel
41 nutzbaren und nachbarschaftlich vernetzten Wohnraum. Wir wollen Pilotprojekte
42 unterstützen, die zeigen, wie mit nachhaltigen Materialien aus serieller
43 Produktion und mit Grundrissen und Gebäudetypen für flexible
44 Nutzungsmöglichkeiten gebaut werden kann. Bei städtischen Gebäuden und Flächen
45 wollen wir deshalb für gemeinwohlorientierte Nutzungen neben einer bevorzugten
46 Vergabe auch eine strategische Nutzung von Möglichkeiten des Erbbaurechts oder
47 andere Varianten der Anhandgabe entwickeln.
48 Dafür müssen spezielle Förderkonditionen und Trägerstrukturen entwickelt werden.
49 Zur Beratung und Unterstützung für Selbstnutzer, Baugruppen und -
50 genossenschaften haben wir beim Senator für Bau und bei der Wirtschaftsförderung
51 Beratungsmöglichkeiten und im Liegenschaftsmanagement spezielle Ausschreibungs-
52 und Vergabeverfahren geschaffen. Hier müssen Kriterien und Verfahren für die
53 Ausschreibung, Vergabe und Nutzung von öffentlichen Gebäuden vereinheitlicht und
54 von Anfang an transparent werden, damit neue Ideen und neue Träger nicht an
55 fehlendem Insiderwissen scheitern.

56 Mit dem Vorrang der Innenentwicklung im neuen Flächennutzungsplan stoppen wir
57 den Flächenfraß. Keine Neubaugebiete außerhalb der Siedlungsgrenzen und in
58 hochwassergefährdeten Bereichen. Die Binnendüne in Blumenthal-Bockhorn (An der
59 Wölpsche) bleibt unbebaut, die Planungen in Brokhuchting und der Osterholzer
60 Feldmark werden zurück genommen.

61 Mehr Wohnungsbauf Flächen in der Stadt, darunter ganz neue Wohngebiete wie die
62 Gartenstadt Werdersee, das Hulsberg-Quartier am Klinikum Mitte, der „Wohnpark
63 Oberneuland“ und die Überseestadt, ermöglichen mehr Wohnungsbau in der
64 Innenstadt und den citynahen Stadtteilen - d.h. genau da, wo auch die Nachfrage
65 am höchsten ist.
66 Außerdem entstehen neue Wohnadressen in Gröpelingen, in Woltmershausen und in
67 Bremen Nord, an der „Waller Mitte“, an der Robinsbalje und am Willakedamm in
68 Huchting.
69 Bremen-Nord, als attraktiver Wohnstandort braucht besondere Unterstützung vor
70 allem in Blumenthal und zur Verbesserung der zentralen Funktion von Vegesack.

71 Beim Bauen werden wir Freiräume frühzeitig mitdenken. Kinderspiel,
72 Grünverbindungen, Artenvielfalt, Niederschlagswasserrückhaltung und
73 Klimaausgleich stehen dafür, dass Innenentwicklung mehr ist als nur bauliche
74 Verdichtung.

75 Durch neue Regeln kann der Bau von Parkplätzen durch Mobilitätskonzepte mit

76 ÖPNV, Fahrrädern und Car-Sharing für die Wohnungsbesitzer und -bewohner ersetzt
77 werden. Das lohnt sich doppelt: Für den Klimaschutz, durch Einsparungen bei den
78 Parkplatz-Mietkosten und bei den Kosten für Fortbewegung.

79 Neue Mischgebiete bringen Wohnen und Arbeiten näher zusammen, das vermeidet
80 Verkehr. Die Entwicklung der Überseestadt muss weiter vorangetrieben werden.
81 Dafür brauchen wir einen einheitlichen Planungsansatz, der sich nicht nur danach
82 richtet, welche Fläche gerade verkauft werden kann. Auch in den Neustädter
83 Häfen, deren Nutzung sich stark verändert hat, könnte ein neues attraktives
84 innerstädtisches Gebiet mit Hafen-, Gewerbe- und Wohnnutzung entstehen.

85 Die großen Wohnungsbestände und Siedlungen der Zwischen- und Nachkriegsepoche
86 des 20. Jahrhunderts stellen eine wesentliche Säule des preiswerten und
87 bezahlbaren Wohnraums in Bremen dar. Die Gewoba soll weiterhin in öffentlichem
88 Besitz bleiben. Sie sorgt dafür, dass viele Großwohnanlagen gute Adressen
89 bleiben. Neben der Ausweisung eines Sanierungsgebietes oder eines
90 städteplanerischen Entwicklungsbereiches wäre ein Kauf durch die Gewoba auch
91 eine Möglichkeit zur Verbesserung der Lage der BewohnerInnen in der Grohner
92 Düne.
93 Wohngebiete, in denen besonders viele arme Menschen leben, müssen besonders
94 unterstützt werden. Wir wollen eine strukturierte Zusammenarbeit aller
95 beteiligten Senatsressorts in der integrierten Stadtentwicklung – insbesondere
96 Soziales, Kultur und Sport – nach dem Vorbild der Kooperation des Bauressorts
97 und des Bildungsressorts, wie z.B. bei dem Projekt von „Lernen vor Ort“. Auch in
98 diesen Bereichen müssen wir neue Träger und Versuche fördern und stützen. Grüne
99 bekennen sich ausdrücklich zum erfolgreichen Instrument der WIN-Förderung.

100 Mit der Zwischennutzungsagentur „ZwischenZeitZentrale“ entwickelt Bremen bundes-
101 und europaweit beachtete Verfahren und Konzepte zur temporären Zwischennutzung,
102 experimentellen Bedarfsentwicklung und nachhaltigen Umnutzung von leerstehenden
103 Gebäuden und Flächen. Zahlreiche, auch sehr junge und neue soziokulturelle
104 Initiativen [z.B. Zuckerwerk, Dete, Güterbahnhof, Grüner Zweig, aaa, Lucie-
105 Flechtmann-Platz] tragen zur Lebendigkeit Bremens bei und geben jungen Menschen
106 die Möglichkeit, sich produktiv zu entfalten.

107 **Verkehrswende**

108 Bremen und Bremerhaven sind Städte der kurzen Wege, in denen Wohnen, Arbeiten,
109 Einkaufen, Lernen und Erholung oft dicht beieinander liegen. Diesen Vorteil
110 wollen wir auch in der Verkehrspolitik nutzen. Viel zu lange wurde Bremen als
111 „autogerechte Stadt“ entwickelt. Um mehr hochwertigen öffentlichen Raum für die
112 Menschen zurückzugewinnen, wollen wir die Menschen dafür gewinnen, in der Stadt
113 noch stärker Straßenbahn und Busse zu nutzen, Fahrrad zu fahren oder zu Fuß zu
114 gehen. Autos erzeugen Abgase, Feinstaub und Lärm, brauchen viel Platz und tragen
115 zum Klimawandel bei.

116 Grüne Verkehrspolitik setzt konsequent auf eine geringere Belastungen der
117 Bevölkerung und den Schutz der Umwelt.

118 Nachhaltige Verkehrsplanung bedeutet mehr als nur Einzelprojekte: mit dem neuen
119 Verkehrsentwicklungsplan haben wir die Grundlagen erarbeitet für ein
120 stadtverträgliches, sicheres, umweltfreundliches und menschengerechtes
121 Verkehrssystem der Zukunft, das die Teilhabe aller Menschen ermöglicht und auch
122 den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung trägt.

123 Den Fahrradverkehr haben wir zielstrebig gefördert: mit Fahrradstraßen wie in
124 der Humboldt- und Wachmannstraße, mit dem Ausbau des Radwegenetzes und mit neuen
125 Fahrradbügeln am Hauptbahnhof und in den Stadtteilen. An der vielbefahrenen
126 Kreuzung am Breitenweg / Herdentorsteinweg ist ein roter Teppich für Radfahrer
127 ausgerollt - eine der rund zwanzig Kreuzungen, die fahrradfreundlich umgebaut
128 worden sind.

129 Im Verkehrsentwicklungsplan wurden acht Radpremiumrouten beschlossen. Auf dem
130 Jan-Reiners-Weg haben Radfahrer jetzt Vorfahrt, und die gut ausgebaute
131 Fahrradroute von der Innenstadt bis zur Universität wurde durchgängig
132 hergestellt. Deren Verlängerung nach Huchting und eine Nord-Süd-Verbindung von
133 Hemelingen/Osterholz bis Bremen-Nord stehen oben auf unserer Liste.

134 Radfahren ist gut für die Stadtgesellschaft. Deshalb wollen wir in Zukunft
135 Radfahren noch bequemer und angenehmer machen: mit mehr Radbügeln,
136 Fahrradpiktogrammen, verbesserter Sicherheit in Kreuzungsbereichen und grünen
137 Wellen.
138 Zusammen mit den Beiräten wollen wir weitere Fahrradstraßen ermöglichen. Wir
139 setzen uns gemeinsam mit ihnen für Fahrradmodellquartiere ein, mit
140 Reparaturmöglichkeiten, Abstellflächen, Fahrradstraßen oder Pumpstationen.

141 Grüne stehen für konsequente Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Dazu gehören
142 für uns barrierefrei gestaltete Verkehrswege und Verkehrsmittel, aber auch das
143 Freihalten von Fuß- und Radwegen für Menschen mit Behinderungen, ältere
144 MitbürgerInnen mit Rollatoren und Eltern mit Kinderwagen.

145 Das Straßenbahnnetz wird stetig besser: die Linie 1 nach Mahndorf ist fertig,
146 und auch die Linie 4 nach Lilienthal wurde im Sommer 2014 endlich eröffnet.
147 Unter intensiver Bürgerbeteiligung wurden die Linien 1 und 8 nach Huchting,
148 Stuhr und Weyhe geplant.

149 Mit einer Angebotsverbesserung des ÖPNV durch verbesserte Taktzeiten und
150 konsequente Barrierefreiheit wollen wir den Anteil am Verkehrsaufkommen
151 steigern. Bis 2030 wollen wir einen komplett elektrisch betriebenen öffentlichen
152 Nahverkehr für Bremen erreichen. Auch in Bremerhaven wollen wir gezielt auf die
153 Beschaffung von Elektrobussen setzen. Wir werden die Regio-S-Bahn durch bessere
154 Takte und neue Haltepunkte (Arbergen, Mittelshuchting, Universität) stärken. Das
155 Stadtticket für einkommensschwache BürgerInnen bleibt ein wichtiges Element
156 unserer Verkehrs- und Sozialpolitik.

157 Die meisten Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Wir werden uns weiter für eine
158 Priorisierung des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Radverkehr, öffentlichen
159 Nahverkehr mit Carsharing einsetzen. Eine stärkere Trennung von Rad- und
160 Fußverkehr werden wir fördern. Die Rückkehr der Zebrastreifen in Bremen und
161 Bremerhaven gelang auf unsere Initiative. Wir werden mehr solche Querungshilfen
162 einrichten.

163 Die Erreichbarkeit der Innenstädte von Bremen und Bremerhaven mit dem Auto
164 bleibt gewährleistet. Wir setzen auf Umsteigeanreize für umweltfreundlichere

165 Verkehrsträger: Förderung der Elektromobilität, ein verbessertes park & ride-
166 Angebot, Unterstützung von Pedelecs (Fahrrädern mit elektrisch unterstütztem
167 Antrieb) und die weitere Steigerung des Carsharing-Anteils.

168 In Sachen Carsharing ist Bremen bundesweit führend. Die Nutzerzahl konnte von
169 6.000 auf 10.000 erhöht werden.

170 Wir werden die Logistikwirtschaft auf ihren Haupttrouten unterstützen und bei
171 einer effektiveren Organisation der Innenstadtlogistik umweltfreundliche Akzente
172 setzen.
173 Das steigende Güterverkehrsaufkommen soll vorrangig auf der Schiene abgewickelt
174 werden. Zur Entlastung der Menschen vom Lkw-Verkehr und für einen verbesserten
175 Güterverkehr schließen wir den westlichen Autobahnring der A281. Die Zustimmung
176 des Bundes haben wir erlangt und anwohnerverträgliche Lösungen erreicht.

177 In der nächsten Legislaturperiode setzen wir zwei Schwerpunkte: Lärmschutz und
178 Verkehrssicherheit.
179 Wir werden bei der nächsten Lärmaktionsplanung den Auslöseschwellenwert um
180 weitere 5 db(A) absenken und auf eine Reduzierung des Verkehrslärms drängen. Wir
181 unterstützen deutlich mehr Lärmschutzwände, Flüsterasphalt und
182 Lärmschutzfenster. Weitere Tempolimits auf der A1 auch abhängig von der
183 Windrichtung verbessern die Lebensqualität der AnwohnerInnen.
184 Der Bahnlärm, insbesondere durch Zunahme des Güterverkehrs muss durch technische
185 Maßnahmen an den Fahrzeugen und dem Schienennetz reduziert werden. Bremen
186 braucht eine Güterumgehungsstrecke.
187 Am innerstädtischen Flughafen soll eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr wieder
188 hergestellt werden. Sondergenehmigungen für Nachtflüge sollen nur in Notfällen
189 (Ambulanzflüge) erteilt werden

190 Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden wir ein integriertes
191 Verkehrssicherheitskonzept für Bremen und Bremerhaven gestalten. Unser Ziel bis
192 2020 ist, die Zahl der Schwerverletzten zu halbieren. Deshalb setzen wir uns für
193 mehr Tempo 30 auf dem Nebenroutennetz mit wenig ÖPNV ein.

194 Die Binnenschiffahrt wollen wir fördern, weil es ökologische Vorteile gegenüber
195 anderen Verkehrsträgern gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Binnenschiffer
196 bei der Umrüstung auf rußarme Antriebssysteme unterstützt werden.

197 **Energie + Klimaschutz**

198 Bremens Beitrag zum Klimaschutz
199 Auch in Bremerhaven und Bremen müssen und wollen wir einen Beitrag dazu leisten,
200 die Erderwärmung zumindest auf 2 Grad zu begrenzen. Klimaschutz bewahrt nicht
201 nur die Umwelt, sondern schafft wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und
202 Arbeitsplätze, im Handwerk ebenso wie in der Industrie.
203 Unser Ziel, bis 2020 40 Prozent CO2 einzusparen, können wir nur erreichen, wenn
204 wir Energie einsparen und wenn wir Energie effizienter nutzen: in der Industrie,
205 bei der öffentlichen Hand, in den privaten Haushalten und im Verkehrsbereich.
206 Daher setzen wir weiter auf die drei E: die Förderung der Energieeinsparung, die

207 Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien.
208 Unser neues Klimaschutz- und Energiegesetz gibt uns endlich die Möglichkeit,
209 regelmäßig zu prüfen, wo wir stehen und nachzusteuern.
210 Eine Klimaschutz-Enquete-Kommission soll Bremens Perspektive bis 2050 weiter
211 entwickeln. Wir gewährleisten eine gute Energieberatung für Bürgerinnen und
212 Bürger, für die öffentliche Hand sowie Industrie und Gewerbe.

213 Raus aus der Kohle

214 Die Stromerzeugung macht in Bremen rund 40 Prozent der gesamten CO2-Emissionen
215 aus. Bremens Strom kommt immer noch überwiegend aus alten Kohlekraftwerken. Das
216 wollen wir ändern, denn Kohlestrom ist die Energieform mit der schlechtesten
217 CO2-Bilanz. 2013 wurde in Bremen ein Kohlekraftwerksblock abgeschaltet, weitere
218 Kraftwerksblöcke sollen folgen. Auf Bundesebene werden wir für den Kohleausstieg
219 kämpfen.

220 ... und rein in die Erneuerbaren!

221 Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist die Grundlage für eine
222 zukunftsfähige Energieversorgung und ein Job-Motor für Bremen und Bremerhaven.
223 Im Schulterschluss der sieben grünen EnergieministerInnen der Länder haben wir
224 die Perspektiven der Offshore-Windenergie verbessert. Damit hat Bremerhaven eine
225 gute Zukunft als Top-Standort für Offshore-Windkraft, bestehende Arbeitsplätze
226 werden erhalten und neue geschaffen.

227 An Land hat sich die aus Erneuerbaren erzeugte Menge Strom von Ende 2005 bis
228 Ende 2011 im Land Bremen vervierfacht. Das Weserkraftwerk ist in Betrieb. Für
229 den Ausbau der Windkraft werden alte durch leistungsstärkere Anlagen ersetzt und
230 neue Flächen ausgewiesen. Das Solardachkataster in Bremerhaven und in Bremen
231 fördert die Nutzung der Sonnenenergie. Wir wollen weitere Dachflächen
232 öffentlicher Gebäude für die Solarstromnutzung zur Verfügung stellen, die
233 Solarstromerzeugung auf der Blockland-Deponie ausbauen und aus Bio- und
234 Grünabfällen Biogas erzeugen. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger die
235 Energieerzeugung selbst übernehmen, die Akzeptanz der Erneuerbaren erhöhen und
236 die regionale Wertschöpfung stärken.

237 Ökologische Wärmeversorgung

238 Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende. Der Wärmebedarf soll vor allem
239 im Gebäudebereich noch deutlich stärker reduziert werden, etwa durch Neubauten
240 mit besten Standards und die energetische Sanierung der vielen Altbauten. Dazu
241 werden wir die Beiräte noch stärker in die Planung von Klimaschutzmaßnahmen
242 einbeziehen.

243 Für eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren im Wärmebereich und eine Verknüpfung
244 von Strom- und Wärmeerzeugung sind Wärmenetze die Voraussetzung. Für den Umbau
245 zur ökologischen Wärmeversorgung unserer beiden Städte wollen wir eine kommunale
246 Wärmeplanung einführen.

247 Mehr Effizienz für Industrie und Gewerbe

248 Industrie und Gewerbe haben noch viele ungenutzte Klimaschutzpotenziale. Mehr
249 Energieeffizienz dient auch der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Wir setzen
250 dabei auf Beratung, Vernetzung, z.B. in der Partnerschaft Umwelt Unternehmen,
251 und Förderung, z.B. durch das Programm „Rationelle Energienutzung in Industrie

252 und Gewerbe". Energieeffizienz kann zudem ein wichtiges Geschäftsfeld für
253 bremische Unternehmen sein.

254 Öffentliche Hand als Vorbild

255 Für öffentliche Gebäude gelten besonders anspruchsvolle Energiestandards, damit
256 auch in Zukunft die Energiekosten bezahlbar bleiben. Der Senat hat ein
257 Energiesparprogramm über zwei Millionen Euro im Jahr aufgelegt - zusätzlich zu
258 den Mitteln für die Gebäudesanierung.

259 Trotzdem brauchen wir weitere Investitionen für den Erhalt der öffentlichen
260 Infrastruktur und erstellen dafür einen Sanierungsfahrplan. Die Idee des
261 Energiesparcontractings führen wir fort.

262 Unsere öffentlichen Gebäude werden mit 100 Prozent Ökostrom versorgt. Der
263 Einkauf der öffentlichen Hand unter den Aspekten Umweltschutz und sozial
264 verantwortliche Arbeitsbedingungen wird schrittweise auf alle Bereiche
265 ausgedehnt: Vom Fuhrpark über das Papier bis hin zu Green IT in der Verwaltung.

266 Klimaschutz und Verbraucherschutz

267 Die Energieversorgung muss für Bremer und Bremerhavenerinnen bezahlbar bleiben.
268 Dabei gilt: Die eingesparte Kilowattstunde ist die beste. Deswegen gibt es in
269 Bremen zahlreiche Beratungsangebote, die wir weiterentwickeln wollen: Von der
270 Verbraucherzentrale über die Bremer Umwelt Beratung bis zur Klimaschutzagentur
271 energiekonsens. Aber es geht auch um angemessene Energiepreise. Wir setzen uns
272 auf Bundesebene für faire Fernwärmepreise und die gerechtere Verteilung der
273 Stromkosten ein, denn alle sollen von sinkenden Strompreisen profitieren, nicht
274 nur die Industrie.

275 Klimaanpassung

276 Selbst mit den besten Klimaschutzmaßnahmen wird der Klimawandel nicht mehr
277 vollständig aufzuhalten sein. Dies nehmen wir in Bremerhaven und Bremen sehr
278 ernst: denn 90 Prozent der Landesfläche werden von Deichen geschützt, mehr als
279 eine halbe Million Menschen sind auf ihren Schutz angewiesen. Bis zum Jahr 2025
280 investieren wir 240 Millionen Euro, um uns vor dem steigendem Meeresspiegel und
281 häufigeren Sturmfluten zu schützen. Schon jetzt beobachten wir, dass Starkregen
282 und sommerlichen Hitzeperioden häufiger werden. Darauf werden wir gerade bei der
283 Stadtentwicklung reagieren: durch Grünschneisen in der Stadt,
284 Versickerungsmöglichkeiten für Regenwasser und die Förderung von
285 Rückstaeinrichtungen und Dachbegrünungen. Und gemeinsam mit den Menschen vor
286 Ort entwickeln wir weitere städtebauliche Konzepte für mehr Klimaschutz.

287 Umwelt - Stadt im Grünen

288 Bremen ist eine grüne Stadt. Viele Parks, die Gärten der Bremer Häuser, die
289 Kleingärten, das Grün der Deiche und auch das grüne Umland beider Städte tragen
290 zu unserer hohen Lebensqualität bei.

291 Wir erhalten und entwickeln den wertvollen Bestand an Parks, Grünanlagen und
292 Stadtbäumen mit ihrem Naherholungswert, aber auch mit ihrer lufthygienischen und
293 bioklimatischen Wirkung.

294 Mit vielen sichtbaren kleinen und großen Projekten haben wir daran gearbeitet,
295 den Erholungswert der Stadtteile zu erhöhen und für die Bedürfnisse von Kindern
296 und Jugendlichen und älteren Menschen Räume zu erhalten, zu verbessern und neu

297 zu schaffen.
298 Wir haben an vielen Stellen neue Parkanlagen geschaffen oder in die Jahre
299 gekommenes Grün mit hohem Aufwand umgestaltet. Besonders zu nennen sind der neue
300 Carl-Goerdeler-Park in der Neuen Vahr, die Neugestaltung der Grünfläche an der
301 Rolandklinik, die Sanierung des Hohentorsparks, der Neubau des Tamra-Hemelingen-
302 Parks und das neue Nutzungskonzept am Deichschart. Im Bremer Westen wurde zur
303 Sicherung des Kleingartengebietes mit der Neuausrichtung als „Natur und
304 Freizeitbereich Bremer Westen“ begonnen.
305 Auch für das Leitbild „Stadt am Fluss“ haben wir in Bremen und Bremerhaven neue
306 öffentliche Räume hinzugewonnen. Die Parkanlagen am Weserwehr, der neue
307 Überseepark, eine groß angelegte Uferrenaturierung am Segelhafen, der neue
308 Weserdeich in Bremerhaven und das Ende des Badeverbots in der Weser sind
309 Beispiele dafür.
310 Wir wollen alle Bremerinnen und Bremer ermutigen ihr grünes Bremen
311 mitzugestalten. Dazu sollen mehr Flächen für Urban Gardening bereit stehen, mehr
312 Hausdächer und Fassaden begrünt werden. Baumpatenschaften und Minigärten auf
313 Pflanznasen zwischen Parkplätzen sind Möglichkeiten, auch selbst etwas für den
314 Stadtteil zu tun. Für die nächste Legislaturperiode wollen wir ein
315 Förderprogramm zur Entsiegelung von Vorgärten, für Dach- und Fassadenbegrünungen
316 entwickeln.

317 Traditionell ist Bremen geprägt durch seine vielen Kleingärten, die einen Teil
318 unserer „grünen Lunge“ ausmachen. Gleichzeitig bieten sie Rückzugsorte für Vögel
319 und Kleintiere und ein reiches Nahrungsangebot für Wild- und Honigbienen.
320 Wir wollen die Bremische Kleingartenordnung so modernisieren, dass die
321 Kleingärten mehr Nutzungsvielfalt ermöglichen, die Anbauvorschriften gelockert
322 werden und so gerade für Familien mit Kindern attraktiver werden. Außerdem
323 streben wir eine Stichtagsregelung für den Bestandsschutz zu großer
324 Kleingartenhäuschen an.

325 Bremens Bestand an Bäumen hat sich in den letzten 10 Jahren um 10.000 erhöht.
326 Wir wollen diesen hohen Bestand pflegen, behutsam erneuern und auch zur
327 Artenvielfalt beitragen. Wir setzen uns für ein Förderprogramm und für Beratung
328 zum Erhalt alter Obstbäume und lokaler Sorten ein. Beim Verkauf von öffentlichen
329 Flächen ebenso wie bei der Förderung von Wohnungs- oder Gewerbebau wollen wir
330 einen vorbildlichen Altbaumschutz als Bedingung durchsetzen.

331 Bremens Lebensader ist die Weser. Sie prägt das Bild der Städte, ist
332 Naherholungsgebiet und Schifffahrtsweg, sie liefert Wasser und Strom.
333 Für den Schutz der Natur wurde viel erreicht. Der Hochwasserschutzpolder in
334 Bremen-Woltmershausen wurde als Naturschutzgebiet gesichert, ebenso die
335 Binnendüne in Bremen Nord, die Heideweiher in Bremen Farge und die Luneplate in
336 Bremerhaven.
337 Für die Erlebnisqualität der Stadt am Fluss müssen Lücken der Wege an den
338 Flussufern geschlossen und die Attraktivität vorhandener Verbindungen durch neue
339 Uferzugänge und Strände gesteigert werden.
340 Durch den Klimawandel wird der Meeresspiegel steigen. Für unsere Städte ist ein
341 verbesserter Hochwasserschutz lebensnotwendig. In den letzten Jahren wurden auch
342 mit Hilfe von Bundesmitteln einige Deiche erhöht. Das beschlossene Programm muss
343 konsequent fortgesetzt werden.
344 Die Weser braucht außerdem Platz, um bei stärkeren Fluten oder nach

345 Schneesmelzen über die Ufer treten zu können. Deshalb ist es wichtig, dass
346 überschwemmungsgefährdete Gebiete unbebaut bleiben, für den Fluss und die
347 Menschen, die an ihm leben.
348 Eine Vertiefung der Weser würde aufgrund einer erhöhten Fließgeschwindigkeit
349 gravierende Folgen für die Uferbereiche auch an Lesum und Wümme haben. Daher
350 sehen wir Grünen eine Weservertiefung kritisch. Wir wollen nicht, dass die Weser
351 weiter vertieft wird.
352 Die Weser ist auch Lebensraum für Fische und Vögel. Wir werden uns auch weiter
353 dafür einsetzen, dass die Kaliwerke in Hessen ihre Salzlauge nicht weiter in die
354 Werra und damit indirekt in die Weser einleiten dürfen. Die Flüsse versalzen und
355 die Flussauen ebenfalls. Sie werden als Weideorte unbrauchbar. Daher fordern wir
356 zusammen mit den anderen Anrainern eine ausreichend lange Pipeline in die
357 Nordsee.

358 Die landwirtschaftlichen Betriebe in Bremen bieten eine Chance auf eine
359 wohnortnahe Versorgung mit regionalen und naturverträglich hergestellten
360 Erzeugnissen. Wir wollen eine Landwirtschaft, die vorbildlich auf den Einsatz
361 von gentechnisch veränderten Futtermitteln verzichtet. Die Achtung vor den
362 Tieren muss sich in den Haltungsbedingungen niederschlagen, so wird auch der
363 Antibiotikaeinsatz reduziert, der Mensch und Tier schadet. Ziel muss es sein,
364 den Anteil biologisch bewirtschafteter Flächen deutlich zu steigern, hierzu
365 gehören insbesondere eine gewässer- und grundwasserschonende
366 Flächenbewirtschaftung.
367 Im Bremer Feuchtgrünlandring werden wir zur Sicherung der biologischen Vielfalt
368 und des Erholungswerts den biologischen Landbau und die Vermarktung von regional
369 und naturverträglich hergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnissen fördern.

370 Das Tanklager Farge wird vom Bund nicht weiter genutzt werden. Er ist in der
371 Verantwortung, die Anlagen soweit wie möglich zurückzubauen und die ökologischen
372 Folgen der Wasserverunreinigung so gering wie möglich zu halten. Bremen hat ein
373 großes Interesse daran, dass der Wald auf der Fläche des Tanklagers Farge für
374 die Bevölkerung als Naherholungsgebiet zugänglich wird. Dafür soll eine
375 Wegeverbindung in die Bremer Schweiz geschaffen werden. Wir werden uns dafür
376 einsetzen, dass auch weiterhin das Grundwasser und auch verunreinigte Böden in
377 Bremen erfasst und saniert werden.

378 Im Bereich Abfallentsorgung wurde auch in Bremen dem Zeitgeist gehuldigt:
379 Privatisieren und das Geld verbraten. Moderne Abfallwirtschaft hat eine hohe
380 Bedeutung: möglichst wenig Abfall erzeugen, möglichst viel wieder verwerten, und
381 möglichst wenig Verkehr erzeugen. Diese Vorgaben lassen sich besser durchsetzen,
382 wenn Bremen wieder mehr Verantwortung für den Bereich Abfallwirtschaft
383 übernimmt. Deshalb werden wir die anstehende Neuvergabe der Abfalllizenzen dafür
384 nutzen, den Einfluss des Staates deutlich zu erhöhen. So kann auch Tariftreue
385 garantiert werden. Außerdem kann es so gelingen, die heute geteilte
386 Verantwortung für den Bereich Stadtreinigung neu zu ordnen. Dafür werden wir
387 eine eigene Gebühr einführen und damit dann auch einen hohen Standard an
388 Reinigung garantieren.

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 2: Finanzen

389 Text

390 **Finanzen**

391 Grüne stehen für eine solide, soziale und generationengerechte Finanzpolitik.
392 Wir gehen mit dem uns anvertrauten Geld der SteuerzahlerInnen verantwortlich um
393 und setzen uns für ausreichende Einnahmen ein. Nur so kann eine moderne
394 Demokratie funktionieren: Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und
395 Verantwortung für zukünftige Generationen als Grundlage für Frieden und
396 Wohlstand.

397 Unser Bundesland hat sich auf den Weg gemacht, sich aus der Spirale von immer
398 mehr Schulden zu befreien. Die Grünen verpflichten sich dem Ziel, 2020 einen
399 Haushalt ohne Kreditaufnahme hinzubekommen, so wie es die Schuldenbremse im
400 Grundgesetz vorschreibt. Dafür bekommen wir 300 Millionen Euro jährlich als
401 Hilfe vom Bund und den anderen Bundesländern, aber wir strengen uns auch selber
402 an. Seit 2011 haben wir jedes Jahr vertragsgemäß die Kreditaufnahme gesenkt und
403 trotzdem politische Schwerpunkte gesetzt. Die Ausgaben für die Betreuung von
404 Kindern von 0 bis 6 Jahren haben sich in unserer Regierungszeit seit 2007 von 82
405 Mio € auf 153 Mio € pro Jahr fast verdoppelt. In Bremen und Bremerhaven gibt es
406 mehr LehrerInnen trotz gesunkener SchülerInnenzahlen und mehr PolizeibeamtInnen
407 als 2007, wir geben mehr Geld für die Universität und die Hochschulen aus sowie
408 für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Elternhaus nicht genügend gefördert
409 werden können.

410 Bremens Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ist das wichtigste finanzpolitische
411 Vorhaben der nächsten Jahre. Das ist eine Herausforderung, vor der wir uns nicht
412 verstecken. Auch deshalb haben wir die Schuldenbremse in der Bremischen
413 Landesverfassung verankert – wir meinen es ernst. Die schwierigsten Jahre liegen
414 erst noch vor uns. Wir sagen offen, dass es auch in Zukunft zu teils
415 schmerzhaften Veränderungen kommen muss. Wir haben nie gesagt, dass Sparen von
416 niemandem bemerkt werden wird. Sparen ist für uns kein Selbstzweck, sondern
417 hilft auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren und Vorsorge für die
418 Zukunft zu treffen. Gewohntes muss immer wieder auf den Prüfstand gestellt
419 werden, es ist immer möglich, die Arbeit besser und effizienter zu organisieren

420 und nicht jede staatliche Förderung ist unbefristet sinnvoll, wenn sie nicht auf
421 gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Der Blick darauf ist keine Zumutung,
422 sondern eine Selbstverständlichkeit. Dabei beachten wir besonders die soziale
423 Lage in unseren Städten.

424 Aber wir können es schaffen: unter der Voraussetzung einer anhaltend positiven
425 Entwicklung der Steuereinnahmen und mit der Hilfe der angekündigten Entlastungen
426 der Länder und Kommunen durch den Bund gibt es eine realistische Chance, die im
427 Grundgesetz geregelte Schuldenbremse ab 2020 einzuhalten.

428 Grüne setzen verstärkt auf Kooperation, Transparenz und einheitliche
429 Leistungsstandards in Bremen und Bremerhaven. Den bestehenden Finanzausgleich
430 innerhalb Bremens, der in besonderer Weise die Probleme Bremerhavens
431 berücksichtigt, werden wir in diesem Sinne weiter entwickeln.

432 Eine stabile Einnahmebasis ist unverzichtbar für den Sanierungsweg Bremens. Wir
433 haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir die Möglichkeiten, die wir selber
434 haben, konsequent nutzen: die Gewerbesteuer und die Grunderwerbssteuer wurden
435 erhöht und eine CityTax auf touristische Übernachtungen eingeführt. Beiträge und
436 Gebühren werden regelmäßig angepasst und in der Zukunft wollen wir zur Sicherung
437 eines hohen Standards bei der Straßenreinigung die in fast allen anderen Städten
438 übliche Straßenreinigungsgebühr einführen. Steuerbetrug muss gesellschaftlich
439 geächtet, bestraft und möglichst verhindert werden. Wir unterstützen weiterhin
440 den Ankauf von Steuer-CDs und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass
441 sich Steuerbetrüger hinter dem Bankgeheimnis verstecken können. In Bremen
442 brauchen wir eine leistungsfähige und gut ausgestattete Steuerverwaltung und
443 streben eine höhere Frequenz bei den Betriebsprüfungen an.

444 Grüne stehen für eine moderne und kosteneffiziente Verwaltung und haben schon
445 viel verändert. Das Bürgertelefon funktioniert vorbildlich und hat eine hohe
446 Dienstleistungsqualität. Bremen bündelt seinen Einkauf und bevorzugt öko-faire
447 Produkte ebenso wie wir mit verstärktem IT-Einsatz Verwaltung modernisieren.
448 Zusammenlegung der Finanzämter, Einführung der elektronischen Fallakte und eine
449 Zuwendungsdatenbank, die Transparenz schafft und das Verwaltungsverfahren
450 optimiert, sind Verbesserungen, auf die wir stolz sind. So muss es weitergehen.

451 Grüne stehen für einen starken und verlässlichen öffentlichen Dienst. Der Staat
452 kann nicht in allen Bereichen mit der Bezahlung in der Wirtschaft mithalten,
453 aber wir bieten neben Sicherheit auch andere Vorteile: Familienfreundlichkeit,
454 gute Aufstiegschancen gerade für Frauen, Recht auf Fortbildung, flexible
455 Arbeitszeiten sind nur die wichtigsten Pluspunkte, mit denen wir werben.
456 Selbstverständlich wollen wir wie bisher die Beschäftigungsquote für
457 schwerbehinderte Menschen übererfüllen. Wir werben gezielt um Menschen mit
458 Migrationshintergrund als Nachwuchs für unter anderem Kindertagesheime, Polizei
459 oder Stadtamt. Wir werden auch in Zukunft die Anzahl der Beschäftigten im
460 öffentlichen Dienst verringern müssen. Grüne stehen dafür, dass wir das
461 möglichst in den Bereichen tun, in denen es um die Verwaltung des Staates selbst
462 geht, und weniger in den Bereichen, in denen Dienstleistungen für die Menschen
463 in unseren Städten erbracht werden. Unter anderem wegen der in den nächsten
464 Jahren weiter ansteigenden Pensionszahlungen ist der Beamtenstatus im

465 Haushaltsnotlageland ein nicht zu unterschätzendes Nachhaltigkeitsthema in der
466 Finanzpolitik. Regelmäßig wiederkehrende Besoldungsaueinandersetzungen spalten
467 die öffentliche Meinung, aber auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.
468 Die Aufgabe einheitlicher Besoldung in Deutschland war ein Fehler. Wenn sich
469 eine politische Chance ergibt, sie wiederherzustellen, werden wir diese nutzen.
470 Wir werden grundsätzlich die Frage nach dem Umfang notwendiger Verbeamtungen
471 über den so genannten hoheitlichen Bereich hinaus weiter stellen.

472 Erhaltungs-Investitionen in bestehende öffentliche Gebäude und Straßen sollen
473 weiterhin Vorrang haben vor neuen Vorhaben. Wir wollen, dass die Investitionen
474 im Haushalt einzeln ausgewiesen werden. Das erleichtert die parlamentarische
475 Kontrolle und ermöglicht Schwerpunktdiskussionen: was steht in seiner
476 Wichtigkeit an erster Stelle, und was kommt danach? Bundespolitisch setzen wir
477 uns für Förderprogramme ein, die die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude
478 unterstützen.

479 Wir haben die Landesverfassung so geändert, dass Privatisierungen nur von den
480 Bürgerinnen und Bürgern selbst beschlossen werden können. Grüne bekennen sich zu
481 den wichtigen und wertvollen Gesellschaften Bremens, der Bremer Lagerhaus
482 Gesellschaft, der GEWOBA und der Bremer Landesbank. Hier - und in kleineren,
483 weniger bekannten, Gesellschaften - zeigen wir, dass Unternehmen der
484 öffentlichen Hand erfolgreich und verantwortungsbewusst sein können. Sie tragen
485 zur Sicherung von Arbeitsplätzen, einer attraktiven Wirtschaftsstruktur bei und
486 erwirtschaften Gewinne für den Bremer Haushalt. Wir stehen aber auch zu dem
487 steinigen Weg der Konsolidierung der kommunalen Krankenhäuser, weil wir die
488 staatliche Verantwortung für ein so hohes Gut wie Gesundheit nicht einfach bei
489 Anteilseignern privater Unternehmen abgeben können.

490 Bremen hat jedoch in der Vergangenheit - sehr häufig gegen Grüne Stimmen -
491 Staatstätigkeit in private Gesellschaften ausgelagert. Wir befinden uns mitten
492 in einem Prozess der Überprüfung dieser Privatisierungen. Mit dem Einstieg in
493 eine Beteiligung an den Versorgungsnetzen haben wir ein erstes Ausrufezeichen
494 gesetzt. Wir Grünen halten dabei nichts von der Orientierung anderer Parteien am
495 Zeitgeist. Wir sind damals weder auf der Privatisierungswelle gesurft noch
496 vertreten wir heute unkritisch eine Rekommunalisierung um jeden Preis.
497 Entscheidend ist für uns einzig und allein das Interesse der BürgerInnen an
498 effizienten Dienstleistungen, moderaten Gebühren, guten Arbeitsplätzen und der
499 Orientierung am ökologischen und sozialen Gemeinwohl als Prinzip
500 wirtschaftlichen Erfolgs.

501 Moderne Haushalts- und Finanzpolitik ist transparent und verständlich. Wir
502 werden nicht nachlassen, dafür zu werben, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich
503 in Haushaltsangelegenheiten einmischen. Mit uns gibt es keine Schattenhaushalte
504 oder eine Verschleierung der Kosten in der Zukunft. Stadtteilen und ihren
505 gewählten Beiräten stehen laut Gesetz in bestimmten Bereichen Stadtteilbudgets
506 zur Verfügung. Hier wollen wir in den nächsten vier Jahren deutlich schneller
507 vorankommen.

508 In den nächsten Jahren wird auf Bundesebene der Länderfinanzausgleich neu
509 verhandelt. Bremen muss sich selbstbewusst und im Bündnis mit anderen

510 einbringen. Wir bekennen uns zum Solidarprinzip des Finanzausgleichs. Der von
511 Bayern und Hessen in ihrer Klage angestrebte Wettbewerbsföderalismus wird am
512 Ende nur Verlierer hervorrufen, weil für ganz Deutschland ein einheitlicher
513 Rechts- und Sozialraum ein hohes Gut ist. Die Einwohnerwertung für die
514 Stadtstaaten wollen wir verteidigen.
515 Grüne wissen aber auch, dass die Einhaltung der Schuldenbremse und ein gerechter
516 Länderfinanzausgleich nur zwei Voraussetzungen für eine dauerhafte finanzielle
517 Handlungsfähigkeit unseres Bundeslandes sind. Um Bremen dauerhaft zu sanieren
518 brauchen wir eine solidarische Lösung für unsere Altschulden in Höhe von über 20
519 Mrd. €. Im Vergleich zu anderen Bundesländern müssen wir viel zu viel Geld für
520 Zinsen zahlen, das wir eben nicht in gute Schulen, Hafeninfrastruktur oder
521 Kindergärten stecken können. Auch deshalb ist es so wichtig, dass Bremen den
522 Sanierungsweg ernsthaft und erfolgreich beschreitet und die Grundlage für die
523 Bereitschaft der anderen Länder und des Bundes legt, einen Teil der Schulden
524 gemeinschaftlich - möglichst über eine Neuausrichtung des so genannten Solis -
525 zu übernehmen.

526 Bremen ist auch in Zukunft auf stabile Einnahmen angewiesen. Deshalb arbeiten
527 wir auf Bundesebene konstruktiv an einer verfassungsfesten Reform der
528 Erbschaftssteuer, die den Ländern höhere Einnahmen einbringt, mit. Das Bremer
529 Modell einer Grundsteuer, die sich an dem realen Wert des Grundstücks und des
530 Gebäudes orientiert, wird bundesweit diskutiert. Diese Reform sorgt für mehr
531 Gerechtigkeit und wirkt der Spekulation mit Bauland entgegen. Starke Schultern
532 können mehr tragen als schwache. Im Steuerrecht wird dem mit dem Grundsatz der
533 Besteuerung nach Leistungsfähigkeit Rechnung getragen. Die Grünen arbeiten in
534 Bremen und Berlin an einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer
535 verfassungsfesten Vermögenssteuer.

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 3: Bildung

549 Text

550 Bildung

551 Mehr Bildungsgerechtigkeit!

552 Auf Bildung haben wir GRÜNE bisher einen Schwerpunkt gelegt und werden es
553 weiterhin tun. Inklusion, Ganztagschulen und Sprachförderung benötigen
554 mittelfristig mehr Geld, sparen aber langfristig Geld ein. Schulen brauchen
555 neben qualifizierten Lehrkräften auch sozialpädagogische oder therapeutische
556 Fachkräfte. Hier steht der Bund in der Verantwortung: Er muss für gerechte
557 Bildung Geld zur Verfügung stellen. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des
558 Kooperationsverbotes ein.
559 Bildungschancen und Schulerfolg dürfen nicht von der familiären Situation und
560 dem sozialen Umfeld abhängen. Mit dem weiteren Ausbau von Quartiersbildungs-
561 bzw. Familienzentren fördern wir Chancengerechtigkeit.

562 Schulreform mit allen Beteiligten gemeinsam fortsetzen

563 Die Schulreform ist auf einem guten Weg. Wenn alle Beteiligten mitgenommen
564 werden, kann die Reform zu einem erfolgreichen Bildungssystem führen. Schulen
565 sollen mit Eltern und Kindern, der Behörde und der Politik gemeinsam auf
566 Augenhöhe an ihrem Ziel arbeiten. Der Bildungskonsens, der bis 2018
567 festgeschrieben ist, war erfolgreich. Wir wollen ihn verlängern.

568 Auf den Anfang kommt es an!

569 Wir fördern frühkindlichen Lernens und die Verzahnung von Kindergarten und
570 Grundschule. Hierzu gehört eine verbindliche Zusammenarbeit aller Institutionen,
571 eine Weiterentwicklung der Sprachförderung von Anfang an und die Entwicklung
572 eines gemeinsamen Bildungsplanes für den Kindergarten- und Grundschulbereich.
573 Die Stärkung des Übergangs zwischen Kindergarten und Schule ist für uns ein
574 Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode.

575 Inklusion für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung!

576 Wir GRÜNE wollen eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Eine wichtige Grundlage ist
577 dafür die inklusive Schule. Durch die UN-Behindertenrechtskonvention hat sich
578 Deutschland verpflichtet, sich in ein inklusives Land zu entwickeln. Bremen

579 belegt im Ländervergleich den Spitzenplatz bei der inklusiven Beschulung. Die
580 hohe Akzeptanz inklusiver Beschulung in Bremen ist für uns Ermutigung und
581 Herausforderung gleichermaßen: Ziel GRÜNER Politik ist es, im engen Austausch
582 mit den Schulen, Eltern und Lehrkräften die Qualität der Schulen
583 weiterzuentwickeln. Von der inklusiven Beschulung profitieren alle. Den
584 begonnenen Weg wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten weitergehen.

585 Gute Ganztagschulen flächendeckend ausbauen!
586 Es werden mehr Ganztagschulen eingerichtet und bestehende weiterentwickelt.
587 Sie bieten mehr Raum für individuelle Förderung und differenzierte Lern- und
588 Lehrmethoden, die die Schülerleistung verbessern. Nur so können alle Kinder und
589 Jugendlichen unabhängig von Ihrer sozialen Herkunft gute Startchancen für ihren
590 Bildungsweg haben. In einer gebundenen Ganztagschule wechseln Unterricht,
591 Eigenarbeit und Freizeit ab. Das sorgt für eine entspannte Atmosphäre. Alle
592 können konzentrierter arbeiten. Unterschiedliche soziale Voraussetzungen können
593 ausgeglichen werden. Die Eigeninitiative von SchülerInnen wird gefördert. Die
594 Öffnung der Schulen zu ihren Stadtteilen soll gestärkt werden.

595 Den Schulen mehr Verantwortung übertragen!
596 Die Schulen wissen am besten, wie es in ihrem Stadtteil aussieht. Sie sollten
597 selbst entscheiden können, welches Personal zu ihnen passt oder nach welchem
598 Konzept der Unterricht gestaltet wird. Wir wollen den Schulen mehr Verantwortung
599 übergeben. Dies bedeutet, dass die Unterrichtsversorgung sichergestellt sein
600 muss. Die Einzelschulen sollen selbständig über ein Budget verfügen, um schnell
601 und effizient bei Unterrichtsausfall reagieren zu können.

602 Oberschulen und Gymnasien sind wichtig!
603 Die Oberschulen sind attraktiv, um alle Schulabschlüsse machen zu können. Häufig
604 wird die Möglichkeit gewählt, dort das Abitur nach 13 Jahren zu machen. Dabei
605 ist wichtig, dass abhängig vom Bedarf Mittel zur Verfügung gestellt werden, um
606 vergleichbare Chancen zu ermöglichen.

607 Die durchgängigen Gymnasien sollen ihre Qualität weiter entwickeln und neue
608 Lernmethoden zur individuellen Förderung einbeziehen.
609 Alle Schulen sollen ein Qualitätsmanagement einführen. Dies beinhaltet auch die
610 Rückmeldung von SchülerInnen über das Schulklima und die Qualität des
611 Unterrichts. Eine Evaluation von Bildungsbarrieren könnte zu gezielten
612 Verbesserungen führen.

613 Übergänge, Berufsschulen, Sek II
614 Die Einführung von Jugendberufsagenturen ist ein guter Weg den wir eingeschlagen
615 haben, damit Jugendliche nach der Schule mit bedarfsgerechten Angeboten
616 abschlussbezogen erreicht werden. Wichtig sind uns Kompetenzfindungsangebote.
617 Alle Talente müssen erreicht werden. Die Talente müssen aber auch wissen, was
618 ihre Talente sind.

619 Die Berufsschulen im Land Bremen sind bundesweit für ihre hervorragende Arbeit
620 anerkannt. Die personelle Ausstattung muss erhalten bleiben, um die Qualität zu
621 sichern. Durch Einführung der Werksschulen konnte die Anzahl der Schulabbrecher
622 deutlich gesenkt werden.

623 Lehrkräfte und pädagogisches Personal sind die Basis für den Erfolg!
624 Gute Schulen brauchen bestmöglich ausgebildete, motivierte und gesunde
625 MitarbeiterInnen. Deswegen wollen wir Grünen bereits bei der Aus- und
626 Fortbildung die richtigen Weichen für eine chancengerechte und inklusive Schule
627 stellen. Eine gezielte Weiterbildung, die Förderung der Zusammenarbeit von
628 Lehrkräften und pädagogischem Personal untereinander und die Ausweitung der
629 Eigenständigkeit der Schulen, sind zentrale Ziele für eine Weiterentwicklung der
630 LehrerInnenausbildung aus grüner Sicht. Die Fortbildung von Lehrkräften wollen
631 wir stärken und generell verbindlicher gestalten. Insbesondere in
632 Ganztagschulen ist uns wichtig, Rückzugsmöglichkeiten für Lehrkräfte
633 einzurichten.

634 Schulen in freier Trägerschaft
635 Wir stehen für ein vielfältiges Schulsystem. Die Schulen in freier Trägerschaft
636 bereichern die Schullandschaft durch ihr besonderes Profil und haben nicht die
637 Rolle von Eliteschulen. Wichtig ist, dass auch diese Schulen offen für alle
638 Kinder und Jugendlichen bleiben. Ein abgestimmtes Konzept aller Schulstandorte
639 sollte die Schulen in freier Trägerschaft enthalten.

640 **Hochschule , Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung**

641 Wir sind stolz auf unsere sehr gut aufgestellten Wissenschaftseinrichtungen in
642 Bremen und Bremerhaven. Der Wissenschaftsrat hat den Hochschulen eine hohe
643 Leistungsfähigkeit bescheinigt. Mit dem Alfred-Wegener-Institut ist das Zentrum
644 der deutschen Polarforschung in Bremerhaven angesiedelt. Unsere Hochschulen sind
645 für junge Menschen hochattraktiv. Aktuell sind ca. 35.000 Studierende
646 eingeschrieben. Insgesamt schafft unser Wissenschaftssystem rund 21.000 direkte
647 und indirekte Arbeitsplätze.

648 Trotz Haushaltsnotlage sind wir überzeugt, dass wir in gute Bildung für
649 Studierende investieren müssen. Deshalb haben wir in den letzten vier Jahren das
650 Programm „Gute Lehre“ mit 7,5 Mio. EUR jährlich verstetigt. Für die Haushalte
651 2014/15 haben wir zusätzlich insgesamt 4,8 Mio. für die Verbesserung der Lehre
652 und zusätzlich 9 Mio. EUR für Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Außerdem wurde
653 der Wissenschaftshaushalt von Tarifsteigerungen, der Kofinanzierung der
654 Exzellenzinitiative sowie Mehrkosten der überregionalen Forschungsförderung
655 entlastet. Der Wissenschaftsplan 2020 versucht die Entwicklungen mit Augenmaß
656 und Verantwortung weiterzuentwickeln. Für gute Hochschulen kann das Land jedoch
657 finanziell nicht allein verantwortlich sein. Deshalb setzen wir uns auf
658 Bundesebene weiter für eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung zwischen
659 Bund und Ländern, die Ausfinanzierung des Hochschulpaktes, die Aufstockung und
660 Weiterfinanzierung der Hochschulbauförderung und die Aufhebung des
661 Kooperationsverbotes ein.

662 Die Situation vieler wissenschaftlicher MitarbeiterInnen ist nicht
663 zufriedenstellend. Mit unserer Initiative zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz
664 haben wir auf mehr unbefristete Verträge und verlässlichere Arbeitsbedingungen
665 in Zeitverträgen gedrängt und dies im Wissenschaftsplan 2020 festgelegt.

666 Wir wollen, dass aus wissenschaftlichen Innovationen Produkte werden. Deshalb
667 haben wir die Bedingungen für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft,

668 Forschung und Unternehmen verbessert. Gleichzeitig erwartet die Öffentlichkeit
669 Transparenzregelungen darüber was mit welchem Geld an öffentlichen Hochschulen
670 erforscht wird. Diese Transparenzregelungen wollen wir im Hochschulgesetz
671 schaffen. Die Zivilklausel sollte hier auch verankert werden.

672 Wir wollen wir das hohe Niveau unserer Studienanfängerplätze halten und die
673 realen Chancen für mehr Menschen mit unterschiedlichen Bildungsverläufen,
674 Lebensentwürfen oder auch Restriktionen für ein erfolgreiches Studium und eine
675 wissenschaftliche Karriere verbessern. Wir wollen, dass mehr Kinder aus
676 Arbeiterfamilien, Studierwillige mit Migrationshintergrund oder Berufserfahrene
677 ohne Abitur den Weg an die Hochschulen schaffen. Studierende mit Kind, zu
678 pflegenden Angehörigen oder Handicaps bedürfen unserer besonderen Unterstützung.
679 Es ist verstärkt zu berücksichtigen, dass heute mehr Menschen ein duales
680 Studium, ein Studium in Teilzeit oder ein Weiterbildungsstudium absolvieren
681 möchten.

682 Auch ältere Menschen entdecken immer mehr die Chancen eines Studiums.
683 - wir wollen das Angebot dualer Studiengänge sukzessive ausbauen
684 - ein Teilzeitstudium muss nicht nur formal, sondern auch faktisch möglich sein
685 - die Vereinbarkeit von Studium und Familie muss als kontinuierlicher
686 Verbesserungsprozess angelegt werden auch durch ausreichende
687 Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen.

688 Ein erfolgreiches Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir
689 setzen uns deshalb dafür ein, dass das Kindergeld den Studierenden künftig von
690 ihren Eltern unabhängig direkt ausgezahlt wird. Wir werden uns dafür einsetzen,
691 dass die BAfÖG-Sätze angehoben werden und der Kreis der Bezugsberechtigten
692 ausgeweitet wird.

693 Auch in Bremen wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Deshalb wollen wir mit
694 dem Studentenwerk und ggfs. mit öffentlichen und privaten
695 Wohnungsbaugesellschaften neuen studentischen Wohnraum schaffen.
696 Es ist uns wichtig, dass Studierende mit hoher Qualität erfolgreich studieren
697 können. Wir stehen zur Bologna-Reform. Dennoch sehen wir nach einer ersten
698 Korrekturphase weiteren Korrekturbedarf.

699 Durch das Verfassungsgerichtsurteil zur Drittelparität sind den
700 Mitentscheidungsbefugnissen bei Angelegenheiten zu Lehre und Forschung klare
701 Grenzen gesetzt. Wir wollen, dass die demokratische Teilhabe von Studierenden im
702 Bereich der allgemeinen Hochschulangelegenheiten ausgeweitet wird. Darüber
703 hinaus setzen wir uns für die ehrenamtliche Funktion eines/r studentischen
704 Konrektors/Konrektorin ein.

705 Obwohl 50 % der HochschulabsolventInnen Frauen sind, nimmt ihre Anteil - trotz
706 diverser Förderprogramme - bis zur Professur rapide ab. Der Anteil der
707 Berufungen qualifizierter Frauen - insbesondere in den MINT-Bereichen - muss
708 sich deutlich erhöhen.

709 Mit dem Wissenschaftsplan 2020 haben wir ökonomisch verlässliche
710 Rahmenbedingungen geschaffen und werden mit den Hochschulen mehrjährige Verträge
711 verhandeln. Wir werden unser 7,5 Mio. Programm „Gute Lehre“ und unsere

712 zusätzlichen Aufwendungen für die Verbesserung der Lehre sowie die
713 Sanierungsanstrengungen verstetigen. Auf Bundesebene werden wir uns für die
714 gerechtere Ausfinanzierung und die Fortsetzung des Hochschulpaktes bis Jahr
715 2025 einsetzen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die
716 Universität Bremen die Chance auf eine zweite Runde in der Exzellenzinitiative
717 bekommt. Eine verstärkte Kooperation mit der Uni Oldenburg, der Metropolregion
718 und der Jacobs University nützt dem Standort. Wir stehen zum Kompromiss der
719 Finanzierung der Jacobs University. Weitere öffentliche Gelder wird es nicht
720 mehr geben.

721 **Weiterbildung - Chancen auf gute Bildung ein Leben lang!**

722 Wissen unterliegt rasanten Veränderungen. Was Erwachsene gestern gelernt haben,
723 kann heute schon hoffnungslos veraltet sein. Deshalb gibt es ganz neue
724 Herausforderungen an die Weiterbildung. Denn sie muss organisieren, dass
725 Erwachsene von der Wissensentwicklung profitieren können. Weiterbildung bietet
726 Chancen auf persönliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und berufliches
727 Fortkommen.
728 In den letzten vier Jahren stand für uns die Alphabetisierung und Grundbildung
729 im Mittelpunkt. Denn es darf nicht sein, dass ca. 60.000 Bremer/innen (und
730 Bremerhavener/innen) nicht richtig lesen und schreiben können. Es ist uns
731 gelungen, mit einem durchdachten Konzept und verschiedenen Maßnahmen knapp 10%
732 mehr Menschen für entsprechende Kurse zu begeistern.

733 Auch in den nächsten Jahren soll dies ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Unser
734 Ziel ist: Jede/r Bremer/in soll die Chance haben richtig lesen und schreiben zu
735 können und über ein solides Basiswissen zu verfügen! Gemeinsam mit Fachleuten
736 und den Weiterbildungseinrichtungen wollen wir erarbeiten, was dieses
737 Basiswissen umfassen soll. Und wir wollen verstärkt Stadtteilinitiativen als
738 Bildungsbotschafter gewinnen, die diesen Menschen den Weg in Weiterbildungskurse
739 ebnen. Dabei bleibt die Volkshochschule ein zentraler Träger von
740 Weiterbildungsangeboten.

741 Erwachsene haben ganz unterschiedliche Ansprüche an Bildung, die vom
742 Bildungsstand, dem sozialen oder beruflichen Hintergrund, dem Alter sowie der
743 Herkunft geprägt sein können. Deshalb wollen wir in der öffentlich finanzierten
744 Weiterbildung darauf achten, dass wir mit unseren Angeboten die
745 unterschiedlichen Zielgruppen erreichen und ihre Möglichkeiten berücksichtigen.
746 Weiterbildung muss für Frauen, Männer, Alte, Junge, Alleinerziehende, Menschen
747 mit Migrationshintergrund, Behinderte, politisch-, beruflich- und
748 allgemeinbildungsorientierte Menschen Angebote machen.
749 Mit der Novellierung des Bremischen Weiterbildungsgesetzes haben wir bereits
750 festgelegt, dass wir uns an dem Europäischen Referenzrahmen für lebenslanges
751 Lernen orientieren wollen. Darin werden Schlüsselkompetenzen zu Mutter- und
752 Fremdsprachen, Mathematik, Informationstechnologie, Lernen, Gesellschaft,
753 Eigeninitiative und Kultur beschrieben. Den Bildungsurlaub wollen wir weiter
754 für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufwerten.

755 **Kultur und Medien**

756 Kultur als Fundament urbaner Entwicklung und Lebenslanges Lernen

757 Wir begreifen Kunst und Kultur, Kulturentwicklung und -wirtschaft sowie neue
758 Soziokulturen als wesentliche Elemente der Stadt- und Quartiersentwicklung und
759 als wichtige Werkzeuge der Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit. KünstlerInnen,
760 Kulturschaffende, gemeinwohlorientierte kulturwirtschaftliche Projekte,
761 Clubkulturen wie das „Zuckerwerk“, informelle Netzwerke (z.B. autonomes
762 architektur atelier oder ZwischenZeitZentrale) erspüren gesellschaftliche
763 Entwicklungen und machen sie für die Gesellschaft erfahrbar. Die Neuausrichtung
764 des Bremer Theaters, der Kunsthalle und der Schwankhalle, sowie der beiden
765 großen Orchester, erfolgreiche Formate wie die Breminale und La Strada, die
766 weitere Stärkung und Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft und ein neu
767 orientiertes Stadtmarketing sind für eine Aufwertung der Kulturpolitik wichtige
768 Entwicklungen, die wir in den vergangenen Jahren eingeleitet haben.
769 Wir wollen das am ehemaligen Güterbahnhof gewachsene Kreativzentrum kulturell
770 und städtebaulich absichern. Die Jugendkulturen und der künstlerische Nachwuchs
771 sollen ein Schwerpunkt der Projektförderung und der Kulturentwicklung werden,
772 dazu gehören auch verlässliche Standortentscheidungen und Förderungen der
773 Gesellschaft für aktuelle Kunst (GAK) und des „Zuckerwerks“. Wir wollen die
774 Tanzförderung neu aufstellen und neue Impulse vor allem im Bereich Literatur und
775 in der „fernsehfernen“ Film- und Medienförderung setzen.

776 Wir wollen die Arbeit der Bürgerhäuser reformieren und stützen. Dazu soll ein
777 Programm „Künstler in die Quartiere!“ aufgelegt werden, mit dem künstlerische
778 Ensembles und Projekte zeitweise an Bürgerhäuser gebunden werden, um diese mit
779 zu entwickeln und zu bespielen. Die Bürgerhäuser sollen dabei als Orte
780 informeller Bildung Schwerpunkte bilden. Wir wollen eine konsequente Wochenend-
781 Öffnung aller Kultureinrichtungen von den Bürgerhäusern bis zur Stadtbibliothek
782 erreichen, um insbesondere ArbeitnehmerInnen und Familien gemeinsame
783 Kulturerlebnisse zu ermöglichen.

784 Die Arbeit der kulturgeschichtlichen Museen - Überseemuseum und Fockemuseum -
785 wollen wir auf Schnittmengen und Synergien in ihrer Infrastruktur, beim Personal
786 und beim Marketing überprüfen und wo sinnvoll zusammenführen. Den entsprechenden
787 Prozess zwischen Weserburg und Kunsthalle wollen wir fortsetzen - dabei hat die
788 konzeptionelle Arbeit an Ausstellungen und kultureller Bildung Vorrang vor
789 Fragen der personellen Hierarchie. Und dabei muss die autonome Arbeit der
790 assoziierten kleineren Einrichtungen, der Gesellschaft für aktuelle Kunst (GAK)
791 und des Studienzentrums Künstlerpublikationen, unabhängig vom Standort gesichert
792 werden.

793 Kulturelle und künstlerische Bildung, Medienbildung und
794 Medienkompetenzvermittlung müssen eng verknüpft werden - denn dabei geht es um
795 Ausdrucksfähigkeit und Filter- und Konsumkompetenz. Für entsprechende
796 generationenübergreifende Angebote wollen wir die für Bürgermedien und zur
797 Medienförderung verfügbaren Rundfunkgebühren einsetzen und in einem
798 crossmedialen Angebot bündeln. Wir wollen in den Schulen, Kitas und in den
799 Bürgerhäusern qualifizierte kulturelle und mediale Schwerpunktangebote fördern
800 und in mehr Kultureinrichtungen freien Eintritt für Kinder und Jugendliche
801 ermöglichen.

802 Das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven, das Studienzentrum für
803 Künstlerpublikationen, das Tanzfilminstitut und das Klaus-Kuhnke-Archiv sind
804 wichtige Schnittstellen zwischen Kultur und Wissenschaft in Bremen, für die wir

805 eine nationale Vernetzung anstreben. Der U-Boot-Bunker Valentin soll als
806 Gedenkstätte und Teil der Bremer „Wissenswelten“ weiter entwickelt werden. Mit
807 dem Tod der letzten Zeitzeugen der Nazizeit steht die Erinnerungskultur in
808 Deutschland vor einem Umbruch, während rechtsradikales Gedankengut wieder
809 Zuspruch erfährt. Wir wollen deshalb eine Bremer Strategie zur weiteren
810 Entwicklung der Erinnerungskultur im kulturellen Leben entwickeln, die
811 Möglichkeiten der Kunst, der Medien und zeitgenössisches Edutainments nutzt.
812 Dazu muss auch die kolonialistische Vergangenheit gehören.
813 Wir fordern eine Digitalisierungsstrategie für die Archive und Sammlungen der
814 Bremer Kultureinrichtungen, um ihre Inhalte strukturiert zu erhalten, zugänglich
815 zu machen und in die „Deutsche Digitale Bibliothek“ integrieren zu können.

816 Die konzept- und produktionsbezogene Projektförderung ist wichtig für die
817 Kultur- und die Stadtentwicklung und soll ihren eigenen Stellenwert in der
818 Kulturlandschaft und Kulturförderung erhalten. Deshalb wollen wir die
819 künstlerische Projektförderung und die bisherigen Verfahren für Impulsmittel,
820 Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt und Förderungen durch die stART-Jugend-
821 Kunst-Stiftung bündeln. So jährlich 1 Million Euro für die Projektförderung
822 rechtzeitig ausgeschrieben und vergeben werden. Davon sollen jährlich ein fester
823 Anteil für Kinder- und Jugendkultur und weitere Anteile jährlich wechselnd
824 thematisch gebunden ausgeschrieben werden - etwa für digitale Kulturen,
825 Erinnerungskultur, Netz- und Popkultur, neue Soziokulturen oder auch für
826 notwendige Impulse in den klassischen Kultursparten.

827 Institutionelle und strukturelle Förderungen sollen nicht weiter aus der
828 Projektförderung finanziert werden. Anteile aller institutionellen Förderungen
829 sollen an Kooperationsgebote geknüpft werden, um Kulturträger zu Kooperationen
830 mit anderen Akteuren der Stadtgesellschaft zu motivieren. Die langfristige
831 Förderung durch Contracting und die Kennzahlen des Controllings wollen wir
832 weiter so entwickeln, dass sie eine kontinuierliche Entwicklung und Evaluierung
833 kultureller Leistungen ermöglichen. Vom Kulturressort erwarten wir eine
834 intensivere Einbindung in kulturpolitische und kulturfördernde Netzwerke der
835 Bundesländer, des Bundes und Europas.

836 **Demokratische Medien für alle Generationen**

837 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für uns integraler Bestandteil einer
838 Grundversorgung der Bevölkerung mit Information und Grundvoraussetzung für eine
839 demokratische Gesellschaft. Für vielfältige Medien und freie Berichterstattung
840 sind staatsferne Kontrollorgane notwendig. Die Mitglieder in den Medien- und den
841 Rundfunkrat entsendenden Institutionen haben wir den gesellschaftlichen
842 Realitäten angepasst, u.a. durch VertreterInnen der Muslimischen Verbände, der
843 Kulturszene und der Jugendarbeit. Wir wollen auch weiterhin regelmäßig
844 überprüfen, wie der Medienrat der Landesmedienanstalt und der Rundfunkrat von
845 Radio Bremen die Relevanz gesellschaftlicher Gruppen abbilden. Dabei soll mehr
846 jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Rundfunk- und Medienrat
847 zu engagieren - z.B. von den Hoch- und Berufsschulen und vom Landesschülerrat
848 entsandte Mitglieder. Dazu wollen wir das Mindestalter für die
849 Gremienmitgliedschaft auf 16 Jahre reduzieren.

850 Die Bündelung und zeitgemäße Aufstellung der Bürgermedien,
851 generationenübergreifende Medienkompetenzvermittlung und kulturelle

852 Medienförderung sind in der digitalen Gesellschaft wichtige Ziele der Grünen:
853 Wir haben in den vergangenen Jahren die Landesmedienanstalt mit der Bündelung
854 der Medienkompetenz-Angebote in Bremen gesetzlich beauftragt. Künftig sollen die
855 für die Landesmedienanstalt und für Medienförderung zur Verfügung stehenden
856 Rundfunkgebühren schwerpunktmäßig und zielgerichtet für die Medienbildung
857 eingesetzt werden. Der bisherige Bürgerrundfunk, Bürgermedien-Angebote auf
858 Bremen.de und Angebote von Kultur-, Wissenschafts-, Sport- und
859 Bildungseinrichtungen müssen verknüpft werden, eine Nachwuchsförderung
860 einschließen und das Internet als zentralen und flexiblen Ausspielweg nutzen.

861 Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss Medienangebote qualifizieren - darf aber
862 Jugendlichen nicht pauschal ihre Informationsmündigkeit und ihr eigenes
863 kulturelles Erleben absprechen. Medienbildung bedeutet Lernen mit, durch und
864 über Medien. Medienkompetenz ist die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt und
865 selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Deshalb wollen wir
866 Medienbildung als roten Faden in alle staatlichen Bildungsangebote verweben. Das
867 souveräne Verstehen und Einordnen von Inhalten, ihren Autoren und Absendern ist
868 ebenso wichtig wie eine Vertrautheit mit neuen und älteren Kulturtechniken.
869 Junge Menschen sind im Umgang mit digitaler Technik oft erfahrener und
870 intuitiver vertraut als ältere. Wir wollen deshalb das
871 generationenübergreifende Lernen stärken: Mit einem Modell „Studenten in die
872 Schulen“ wollen wir Kooperationen zwischen den Hochschulen und
873 allgemeinbildenden Schulen initiieren, ältere Menschen könnten digitale
874 Techniken gemeinsam mit Kindern kennenlernen und SchülerInnen gemeinsam mit den
875 LehrerInnen praktische digitale Erfahrungen sammeln und Ausdrucksformen
876 erproben.

877 Die Bremer Medienförderung soll der Konvergenz von Internet, klassischen
878 Rundfunktechniken und Print-Journalismus Rechnung tragen und künftig
879 gleichberechtigt alle Formen der medialen Kultur, Information und Kunst
880 berücksichtigen: Fernsehen und Hörfunk, Filme und Spiele. Sie soll sich
881 insbesondere auf die auf die Nachwuchsförderung, Entwicklung und Erprobung neuer
882 Formate sowie die Vermittlung von Medienkompetenz im Sinne von
883 Ausdrucksfähigkeit, Filter- und Konsumkompetenz konzentrieren.

884 Auf Bundesebene fordern wir eine Reform der Urheber-, Nutzungs- und
885 Verwertungsrechte und der Medienförderung und -finanzierung, die der
886 Medienkonvergenz Rechnung tragen müssen. Wir setzen uns für eine Aufhebung der
887 Inhalte und Teilhabe beschränkenden Depublikationspflicht und eine Öffnung der
888 Archive z.B. auf Basis der Deutschen Digitalen Bibliothek für die öffentlich-
889 rechtlichen Medien ein. Dazu gehören auch eine weitere deutliche Begrenzung der
890 Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, sowie ein Werbeverbot im
891 Kinderfernsehen. Wir begrüßen die Pläne für eine gemeinsame Medienanstalt der
892 Länder.

893 **Digitale Gesellschaft**

894 In einer demokratischen Gesellschaft überwacht nicht der Staat seine BürgerInnen
895 - sondern die BürgerInnen überwachen den Staat. Voraussetzung dafür sind
896 umfassende Transparenz, Information und Medienkompetenz der Bevölkerung sowie
897 Datensparsamkeit auf staatlicher Ebene und im Privatleben. Uns Grünen ist
898 wichtig, dass die Digitalisierung für Partizipation und Inklusion in der

899 gesellschaftlichen Auseinandersetzung genutzt wird - das Internet bietet dafür
900 mit sozialen Netzwerken, Informations- und Beteiligungsgelegenheiten vielfältige
901 Chancen und Möglichkeiten.

902 Bremen hat in den vergangenen Jahren mit dem Informationsfreiheitsgesetz
903 Standards geschaffen, an denen sich andere Städte und Bundesländer orientieren.
904 Wir haben die Einführung von Open Data begonnen und fördern die Nutzung
905 staatlicher Daten. Wir setzen nach Möglichkeit Creative Commons ein, um
906 staatliche Daten und Texte möglichst unkompliziert zur Weiternutzung zur
907 Verfügung zu stellen. Auch hinsichtlich digitaler Bürgerbeteiligung ist Bremen -
908 etwa mit der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans und des
909 Verkehrsentwicklungsplans - Vorreiter und Vorbild für andere Städte und
910 Regionen. Diese erfolgreiche, impulsgebende Politik wollen wir in den nächsten
911 Jahren fortsetzen und in weitere Politikbereiche übertragen.

912 Wir setzen uns für die Aufnahme von digitalen Rechten in die Bremische
913 Landesverfassung und eine Verankerung von Datenschutz im Grundgesetz ein. Wir
914 fordern eine rasche Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung der EU, die von der
915 schwarz-roten Bundesregierung gebremst wird. Wir brauchen einheitliche
916 europäische Standards des Datenschutzes, die sich nicht am Standort global
917 agierender Unternehmen orientieren.

918 Das hohe technische und konzeptionelle Niveau digitaler Bürgerbeteiligung in
919 Bremen wollen wir noch weiterentwickeln. Wir wollen, dass in öffentlichen
920 Gebäuden mit Publikumsverkehr und in den Fahrzeugen der BSAG freier, kostenloser
921 und gesicherter W-Lan Zugang angeboten wird und wir begrüßen das Angebot
922 privater W-LAN-Zugänge in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, in Gastronomie und
923 Gewerbe sowie in der Nachbarschaft. Dazu muss die Störerhaftung für W-LAN-
924 Betreiber abgeschafft und Rechtssicherheit für freien W-Lan Zugang ermöglicht
925 werden.

926 Als erstes Bundesland wollen wir mit Bremen.de eine verschlüsselte und
927 gesicherte Kommunikation für alle interessierten BürgerInnen möglichst kostenlos
928 ermöglichen. In der Bremischen Verwaltung soll verschlüsselte Kommunikation zum
929 Standard, mehr hardware-unabhängige, freie und quelloffene Software genutzt und
930 Datensparsamkeit vorgelebt und kommuniziert werden. Daten bremischer BürgerInnen
931 sollen nur auf sicheren europäischen Servern gelagert werden. Das
932 Informationsfreiheitsregister muss im Hinblick auf seine Vollständigkeit und in
933 Bezug auf die Verschlagwortung von Informationen und eine komfortable
934 Suchfunktion verbessert werden. Öffentlich geförderte Forschungsergebnisse
935 sollen als „Open Data“ und „Open Access“ kostenfrei im Internet allen zugänglich
936 gemacht werden. Für die AutorInnen solcher Forschungen soll ein
937 Zweitverwertungsrecht obligatorisch werden.

938 Wir wollen ein Digitales Bündnis mit der bremischen Wirtschaft „für
939 sozialverträgliche IT-Beschaffung“ initiieren. PCs, Tablets und Handys werden
940 unter unhaltbaren Arbeitsbedingungen und oft mit Rohstoffen aus Afrika
941 hergestellt, die Kriege und Konflikte finanzieren. Bremen als „Hauptstadt des
942 fairen Handels“ hat begonnen, bei der Beschaffung von IT-Hardware diese
943 Missstände zu beachten und setzt auf nachhaltige und sozial- und

944 umweltverträgliche Beschaffung: Wir unterstützen Projekte, Produkte und
945 Maßnahmen, die diese Bedingungen verbessern und wollen möglichst viele
946 Beteiligte aus Wirtschaft und Gesellschaft motivieren, sich daran zu beteiligen.

947 Internetwirtschaft, -handel und -kommunikation funktionieren über die Preisgabe
948 von persönlichen Daten an die Unternehmen. Wir sind sicher, dass das auch anders
949 geht. Wir wollen anonyme Geschäftsmodelle im Internet erforschen lassen und
950 fördern, die ohne den Verkauf der Privatsphäre auskommen - in der Wissenschaft
951 und in der Wirtschaftsförderung. Vielleicht entsteht aus einem entsprechenden
952 Wirtschaftsförderpreis so „the next big thing“ - auch in Bremen! Guter
953 Datenschutz wird ein wichtiger Standortfaktor. Gemeinsam mit der Wirtschaft,
954 zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Hochschulen Bremens wollen wir ein
955 „Bremer IT-Siegel“ entwickeln, mit dem Unternehmen hohe Ansprüche an den
956 Datenschutz für ihre Kunden und Partner sowie faire und umweltverträgliche
957 Beschaffung von IT-Produkten freiwillig belegen und als best practice
958 präsentieren können.

959 Im Schulunterricht spielen digitale Medien zunehmend eine Rolle. Damit sich
960 Medieneinsatz und Digitale Medienbildung an Schulen zu einem
961 selbstverständlichen Teil des Unterrichts entwickeln, müssen die technischen
962 Voraussetzungen verbessert werden: Wir wollen die IT-Ausstattung und -Pflege an
963 den Schulen standardisieren und regelmäßig modernisieren. In den Schulen wollen
964 wir die Mitnahme und Nutzung eigener Laptops und Tablets im Unterricht
965 grundsätzlich erlauben. Die Infrastruktur muss dazu so aufgebaut werden, dass
966 auch private Geräte genutzt werden können. Der Zugang zum Internet soll über
967 WLAN an allen Bremer Schulen - wie bisher schon an den Hochschulen - einheitlich
968 gestaltet sein.

969 Die digitale globale Revolution erfordert die Abwägung zwischen Datenfreiheit
970 und Datenschutz. Kommunikative Freiheiten, Teilhabe und technische Innovationen
971 stehen Fremdbestimmung und Überwachung gegenüber. Dabei kommen staatliche
972 Strukturen an ihre Grenzen, denn global agierende Datenkonzerne wie Google,
973 Facebook, Apple und Microsoft sind nur schwer zu reglementieren. Deshalb setzen
974 wir auf zeitgemäße kooperative Gesetzgebung auf nationaler, internationaler und
975 europäischer Ebene. Auf Bundes- und Europaebene setzen wir uns deshalb auch für
976 eine unbedingte Netzneutralität ein und lehnen Vorratsdatenspeicherung strikt
977 ab.

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 4: Nachhaltiges Wirtschaften

978 **Text**

979 **Nachhaltiges Wirtschaften**

980 **Starke Wirtschaft im ökologischen Strukturwandel**

981 Bremen, die grüne Stadt am Fluss, ist zugleich auch der fünftgrößte
982 Industriestandort Deutschlands. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 43.000
983 Euro pro Person liegt Bremen im bundesweiten Ländervergleich an zweiter Stelle
984 und damit ganz vorn – ein starker Beleg dafür, dass der notwendige
985 Strukturwandel weg von einer monostrukturierten Großindustrie, hin zu einer
986 vielfältig gefächerten Wirtschaftsstruktur aus Logistik, Industrie, Handwerk,
987 Dienstleistungen, Einzelhandel bis hin zu Forschung, Wissenschaft und
988 Kreativwirtschaft unter grüner Regierungsbeteiligung erfolgreich gestaltet wird.
989 Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir sagen ausdrücklich „ja“ zur Industrie als
990 wichtigem Eckpfeiler einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur. Immer mehr
991 Unternehmen in Bremen und Bremerhaven engagieren sich zunehmend in
992 Umwelttechnologien. Genau dies unterstützen wir und erwarten zugleich von den
993 Unternehmen, dass sie ihre sämtlichen Prozesse ebenso wie ihre Produkte
994 konsequent gemäß den Anforderungen der Nachhaltigkeit, wie Klimaschutz, Energie-
995 und Ressourceneffizienz, verbessern und optimieren.
996 Unsere wichtigsten Wirtschafts-Cluster in den Sektoren Logistik und maritime
997 Wirtschaft, Automobil- und Zulieferindustrie, Luft- und Raumfahrt und
998 Windenergie haben wir über die Jahre konsequent gefördert. Wir wollen, dass
999 diese Sektoren sich positiv entwickeln, jedoch ohne dass die berechtigten
1000 Interessen der Menschen in Bremen und Bremerhaven an einem guten Wohnumfeld und
1001 einem gesunden Stadtklima darunter leiden. Um dies in Einklang zu bringen, haben
1002 wir mit dem neuen Flächennutzungsplan, dem Landschaftsprogramm und dem
1003 Verkehrsentwicklungsplan 2025 weitreichende Planwerke entwickelt und politisch
1004 beschlossen, die für die Zukunft einen stimmigen Rahmen für ein verträgliches
1005 Nebeneinander von Wohnen, Erholung und Gewerbeentwicklung bilden.

1006 **Industrie, Logistik, Offshore-Windenergie und maritime Wirtschaft**

1007 Führende Unternehmen aus den Sektoren Stahl- und Automobil-Herstellung, Luft-
1008 und Raumfahrt, Logistik, Offshore-Windenergie sowie deren Zulieferindustrien

1009 sind maßgeblich mitverantwortlich für den wirtschaftlichen Erfolg Bremens. Die
1010 konsequente Orientierung dieser Unternehmen an besserer Energie- und
1011 Ressourceneffizienz ist für uns unverzichtbare Voraussetzung für deren weitere
1012 Förderung.

1013 Das Land Bremen mit den Städten Bremen und Bremerhaven ist historisch, aktuell
1014 und auch zukünftig stark geprägt von der maritimen Wirtschaft. Kennzeichnend ist
1015 die klein- und mittelständige Struktur aus den Bereichen Schifffahrt, dem
1016 Schiffbau, der Fischwirtschaft, der Lebensmittelwirtschaft und auch den
1017 maritimen Dienstleistungen. In diesen Feldern hat Bremen den notwendigen
1018 Strukturwandel weg von einer einseitigen Ausrichtung auf Schiffbau und
1019 Fischereiwirtschaft, hin zu einer breiteren Diversifizierung und Entwicklung
1020 neuer Geschäftsfelder erfolgreich gestaltet. Unser neu entwickelter Cluster
1021 Windenergie umfasst sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette von der Forschung
1022 und Entwicklung über die Fertigung der Komponenten wie Fundamente, Gondeln und
1023 Rotorblätter bis hin zu technischen und meteorologischen
1024 Servicedienstleistungen. Dies findet international Anerkennung. Die von der
1025 Bundesregierung verantwortete Stagnation der Branche konnte dank großem Einsatz
1026 des Bremer Senats überwunden werden, womit die in der Branche neu entstandenen
1027 Arbeitsplätze gesichert werden. Mit dem Bau des Offshore-Terminals in
1028 Bremerhaven unterstreichen wir, dass die Offshore-Windkraft auch zukünftig ein
1029 unverzichtbarer Eckpfeiler der Energiewende sein wird.

1030 Gerade die Erneuerbaren Energien, maritime Forschungstechnik, marine
1031 Biotechnologie, der maritime Tourismus, die Lebensmittelverarbeitung und der
1032 Wandel traditioneller Hafenuartiere in neue Wirtschaftszonen und Gebiete für
1033 Wohnen und Freizeit verstetigen den nötigen Strukturwandel.
1034 Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Bereiche der übergreifenden
1035 Logistik und der ergänzenden Wertschöpfung die traditionellen Bereiche in den
1036 Häfen ergänzen und so den eingeschlagenen Weg zu mehr Nachhaltigkeit und
1037 Zukunftsfähigkeit sicherstellen.

1038 Auch die maritime Wirtschaft erkennt zunehmend die Vorteile einer Verknüpfung
1039 von Ökonomie und Ökologie. Das mit der Green-Ports-Initiative entwickelte
1040 vorbildliche Profil der bremischen Häfen werden wir weiter schärfen. Nach
1041 mehreren erfolgreichen Zertifizierungen gilt es nun, auch operative Zielvorgaben
1042 für Unternehmen und die Häfen als solche zu entwickeln und umzusetzen. Z.B. wird
1043 der Einsatz von Flüssiggas als Ersatz für Schweröle im Schiffsbetrieb, aber auch
1044 die vermehrte Nutzung von sauberem Landstrom bei Hafentliegern, spürbar zu einer
1045 weiteren Entlastung der Hafengebiete sowie der angrenzenden Wohnquartiere führen
1046 - ein weiterer Schritt zu einer nachhaltigen Hafenpolitik. Bei der Nachrüstung
1047 umweltfreundlicher Technologien an Bord unterstützen wir ein wirksames Green-
1048 Shipping-Förderprogramm, das die Binnenschifffahrt mit einbezieht.

1049 Die Finanzierung der Hafeninfrastruktur muss dabei neu überdacht werden. Gerade
1050 die Häfen, die als Drehscheibe für Importe und Exporte eine unverzichtbare Rolle
1051 für die gesamte Bundesrepublik spielen, werden vor immer größere
1052 Investitionsbedarfe gestellt, um in diesem weltweitem Wettbewerb weiter gut
1053 aufgestellt zu sein. Deshalb fordern wir seit langem, dass der Bund sich stärker
1054 an den Kosten der Häfen beteiligen muss. Die von uns geforderte engere
1055 Kooperation der norddeutschen Häfen ist dafür aus wirtschaftlichen wie auch aus

1056 ökologischen Gründen ein unbedingtes Muss. Denn nur durch solche
1057 länderübergreifende Nutzung vorhandener Ressourcen und Standortvorteile lassen
1058 sich die Eingriffe in die Natur und damit auch die Belastungen der Anwohner auf
1059 ein Minimum begrenzen, während zugleich die Kosten der Infrastruktur im Rahmen
1060 gehalten werden können.

1061 Manche in Bremen hergestellten Produkte können sowohl zivil als auch militärisch
1062 genutzt werden („dual use“), und auch der Kleinwaffenhandel über die Häfen
1063 spielt eine nicht unwesentliche Rolle. Beides ist aus unserer Sicht das
1064 Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften. Eine nachhaltige Politik hat für uns
1065 Grüne deshalb zum Ziel, die zivile Seite der Dual-Use-Produktion zu stärken und
1066 den Kleinwaffenhandel über die Bremischen Häfen stärker zu kontrollieren und zu
1067 reduzieren. Stattdessen sollen Zukunftsbranchen wie die Offshore-Industrie oder
1068 die maritime Wirtschaft schwerpunktmäßig gefördert werden. Wir wollen den
1069 Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen verschaffen, um sich die neuen Märkte
1070 der Ressourceneffizienz und der erneuerbaren Energien erschließen zu können.

1071 **Kleine und mittelständische Unternehmen: das Rückgrat unserer Wirtschaft**

1072 Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf die Stärkung von kleinen und
1073 mittelständischen Unternehmen (KMU), die 99% unserer hiesigen
1074 Unternehmenslandschaft ausmachen und damit das Rückgrat der bremischen
1075 Wirtschaft darstellen. Diese oftmals familiengeführten Unternehmen haben
1076 gezeigt, wie ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften auch während
1077 der Finanzkrise zum Erfolg führt. Um auch zukünftig über eine starke Landschaft
1078 kleiner und mittelständiger Unternehmen zu verfügen, wollen wir den Zugang zu
1079 Förderkrediten und zur Arbeitskräftequalifizierung vereinfachen und Netzwerke
1080 zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen unterstützen.

1081 Große Chancen bietet die Revitalisierung der ehemaligen Industrieflächen der
1082 Bremer Wollkämmerei in Blumenthal. Dort haben sich bereits die ersten
1083 Unternehmen in einer gemischten Struktur von Industrie- und Gewerbeflächen neu
1084 angesiedelt und sorgen für die Schaffung von in Bremen-Nord dringend benötigten
1085 Arbeitsplätzen.

1086 **Handwerk und Dienstleistungen: unverzichtbar für Energiewende und ökologische
1087 Erneuerung**

1088 Gerade in Zeiten der Energiewende spielt das Handwerk eine besondere Rolle.
1089 Handwerksbetriebe profitieren in besonderem Maße von der Förderung erneuerbarer
1090 Energien, von der Wärmedämmung an Gebäuden, und vom Einsatz von
1091 Energiespartetechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe. Das schafft
1092 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region, und es macht uns unabhängiger von
1093 teuren und zunehmend unsicheren Energie- und Rohstoffimporten. Das Potenzial ist
1094 noch lange nicht ausgeschöpft: Die energetische Sanierung von Altbauten, die
1095 Erneuerung alter Heizungen, der Bau von Nahwärmenetzen und viele ähnliche
1096 Maßnahmen schaffen für viele Jahre Perspektiven für das Handwerk. Allerdings
1097 müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür werden wir die konsequente Förderung
1098 von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung fortsetzen.
1099 Viele dieser Maßnahmen bedürfen begleitender Dienstleistungen wie Beratung,
1100 Planung, Wartung und Instandhaltung, die so ebenfalls weiterhin von der
1101 Energiewende profitieren werden.

1102 Gerade die vielfach in kleinen und mittelständischen Firmen organisierten
1103 Aktivitäten von Handwerk und Dienstleistungen schaffen und sichern eine Vielzahl
1104 von Arbeitsplätzen, die in vielen Fällen auch wohnortnah, d.h. unter Verzicht
1105 auf lange Arbeitswege angesiedelt sein können. Dies unterstützt der neue
1106 Flächennutzungsplan durch Ausweisung entsprechender Mischgebiete für Wohnen und
1107 Gewerbe, weil es Verkehrsbelastungen reduziert und zugleich familienfreundliche
1108 Arbeitsbedingungen fördert.

1109 **Einzelhandel**

1110 Der Einzelhandel besitzt eine wichtige stabilisierende Funktion nicht nur für
1111 die innere Stadt sondern auch für die Stadtteilzentren. Zugleich steckt der
1112 Einzelhandel nicht nur in Bremen und Bremerhaven in einem Strukturwandel, den
1113 manche Händler als bedrohlich empfinden. Gerade der dezentral in den Stadtteilen
1114 angesiedelte Handel ist durch große Center im Umland, aber auch durch
1115 Veränderungen des Einkaufsverhaltens belastet. Ein boomender Internethandel und
1116 sich wandelnde Kundenansprüche an das Einkaufserlebnis sind für viele klassische
1117 Händler eine echte Herausforderung. Wir wollen auch diesen klassischen
1118 Einzelhandel bei der Nutzung der Möglichkeiten des Internethandels unterstützen
1119 (multichannel-Fähigkeit.). Dies umfasst auch die Unterstützung von
1120 standortbezogenen, branchenbezogenen und branchenübergreifenden Kooperationen
1121 des Einzelhandels.

1122 Speziell zur Stärkung der Bremer Innenstadt hat das Umweltressort in
1123 Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftssenator und der Handelskammer und unter
1124 breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft ein Konzept entwickelt, mit dem die
1125 vorhandene Urbanität und die überregionale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden
1126 sollen. Die darin abgestimmten Maßnahmen umfassen insbesondere die Schaffung
1127 neuer Einzelhandelsflächen im Ansgariviertel, die Aufwertung des öffentlichen
1128 Raumes zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität, und die Verbesserung der
1129 Wegebeziehungen zwischen den Quartieren und zu den angrenzenden Stadtvierteln
1130 wie Schwachhausen, Findorff, der Neustadt oder der Überseestadt. Dies werden wir
1131 nach und nach umsetzen, um so die Anziehungskraft der Innenstadt als Magnet für
1132 Einkaufen, Freizeit, Kultur und Arbeit zu fördern und zu stärken. Für das
1133 geplante Ansgari-Center bedeutet dies die klare Anforderung, sich dem
1134 benachbarten Umfeld gegenüber zu öffnen und so auch den umliegenden Einzelhandel
1135 zu stärken.

1136 **Bremen: attraktives Pflaster für junge Kreative wie für BesucherInnen**

1137 Besonders dynamisch ist die Entwicklung im Bereich der Kreativ- und
1138 Kulturwirtschaft, die sich auch durch von uns initiierte Förderprogramme sehr
1139 positiv entwickelt hat. Gerade an der Schnittstelle zwischen den Hochschulen und
1140 der Privatwirtschaft, aber auch der Kreativwirtschaft zeigt sich in vielen
1141 Feldern die dynamische Innovationskraft von Uni-Ausgründungen und Startup-
1142 Unternehmen.
1143 Der Tourismus floriert. Erstmals wurde die Marke von 2 Millionen Übernachtungen
1144 übertroffen. Mehrere Hotelneubauten belegen das Vertrauen der Branche, dass
1145 diese dynamische Entwicklung auch zukünftig weitergeht.

1146 **Nachhaltig Wirtschaften durch Solidarische Ökonomie**

1147 Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien
1148 sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern

1149 die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit
1150 selbstbestimmten Handelns mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei
1151 knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele wie BürgerInnenenergie-Genossenschaften
1152 oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnen- Gemeinschaften an. Die
1153 Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und
1154 BürgerInnengemeinschaftsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen
1155 Stromerzeugung zu schaffen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die
1156 Genossenschaftsbewegung. Wir wollen Neugründungen in diesem
1157 gemeinwohlorientierten Bereich erleichtern, genossenschaftliche Dienstleistungen
1158 einem breiteren Kreis zugänglich machen und ihre Weiterentwicklung fördern.

1159 **Arbeit schafft Teilhabe**

1160 Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist nicht nur zukunftsweisend - er ist eine
1161 Jobmaschine. In den umweltbezogenen Branchen wie z.B. der Windenergie und
1162 anderer erneuerbare Energien und bei der Gebäudesanierung sind viele
1163 Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven entstanden. Dasselbe gilt auch für das
1164 Handwerk, dem wir eine besondere Bedeutung zumessen. Denn gerade kleine und
1165 mittlere Unternehmen bieten vielfältige krisensichere Ausbildungs- und
1166 Arbeitsplätze. Wir wollen sie gezielt unterstützen
1167 - als Ausbildungsbetriebe und dort für die Ausbildereignungsprüfung
1168 werben, insbesondere bei den kleinen und Kleinstbetrieben und gezielt bei
1169 migrantischen Firmeninhabern
1170 - durch Branchenverbände oder Betriebspartnerschaften, die gemeinsam
1171 Ausbildungsmöglichkeiten schaffen
1172 - durch höhere Beteiligung an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung
1173 (Beratung zur beruflichen Weiterbildung fortführen).

1174 Erwerbsarbeit ist notwendig zur Existenzsicherung, zugleich aber mehr als reiner
1175 Broterwerb. Sie ermöglicht es, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und sich
1176 persönlich zu entfalten. Wir wollen mehr Menschen in Arbeit bringen und so Armut
1177 dauerhaft verhindern. Wir wollen, dass alle Menschen in Bremen und Bremerhaven
1178 anständig bezahlte und sinnstiftende Arbeit unter fairen Bedingungen haben, von
1179 der sie leben können. Deshalb haben wir uns in den letzten Jahren für den
1180 Mindestlohn und für faire Arbeitsbedingungen in Bremen und Bremerhaven stark
1181 gemacht und das mit Erfolg: als erstes Bundesland hat Bremen ein
1182 Mindestlohngesetz eingeführt.

1183 Im Mittelpunkt grüner Politik steht der Mensch mit seinen Kompetenzen und mit
1184 seinem Potenzial. Unter Arbeit verstehen wir aber nicht nur Erwerbsarbeit,
1185 sondern ausdrücklich auch Hausarbeit, Versorgungs-, Sorge- und Pflegearbeit
1186 sowie Gemeinwesenarbeit.

1187 Schon seit Jahrzehnten setzen sich die Grünen für die Gleichberechtigung von
1188 Frauen und Männern ein. Bezahlung und Aufstiegschancen dürfen sich nicht
1189 zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Um die Benachteiligung von Frauen am
1190 Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz mit
1191 verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Mit
1192 einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und
1193 Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet werden.

1194 Die GRÜNEN wollen die Gleichstellung im Beruf stärken durch mehr
1195 Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit, flexiblere Arbeitszeitsysteme - für Männer
1196 und Frauen, mehr Frauen in Führungspositionen sowie mehr Männer in Elternzeit.

1197 Die Quote der Jugendlichen ohne Abschluss und Perspektive auf dem Arbeitsmarkt
1198 konnte in den letzten Jahren erfreulich gesenkt werden. Jeder Jugendliche soll
1199 durch zielgenaue Unterstützung zum Schulabschluss gelangen und einen
1200 Ausbildungsplatz bekommen. Teure berufsvorbereitende Maßnahmen, die lediglich
1201 Warteschleifen ohne Ausbildungsperspektive bieten, wollen wir abschaffen.

1202 **Die Lust auf Ausbildungsberufe neu beleben**

1203 Für uns ist die Ausbildungsgarantie Realität, denn aus grüner Sicht bedeutet
1204 Ausbildungsgarantie: Jeder Jugendliche hat garantiert das Zeug dazu, einen Beruf
1205 zu lernen. Daher wollen wir dafür sorgen, dass die Jugendlichen ihre Stärken
1206 entdecken, ihre Potenziale ausbauen - als Erstes aber das Vertrauen ins sich
1207 wieder gewinnen und Strategien zu entwickeln, um am Ball zu bleiben und ihre
1208 Ziele zu erreichen. Die Einrichtung einer Jugendberufsagentur halten wir für
1209 einen guten Schritt, denn sie wird garantiert dafür sorgen, dass im Übergang von
1210 der Schule in den Beruf nicht mehr so viele Jugendliche verloren gehen.
1211 Nicht nur die Schulabsolventen sollen das eigene Potenzial entdecken - auch die
1212 Bremer Betriebe sollen diese Potenziale ausbauen und sich ihren Fachkräfte-
1213 Nachwuchs ausbilden. Damit auch die vielen Kleinst- und Kleinunternehmer ihr
1214 Wissen weitergeben können, wollen wir Ausbildungspartnerschaften unterstützen.

1215 Trotz guter Konjunktur bleiben immer noch zu viele Menschen dauerhaft ohne
1216 Chance auf dem Arbeitsmarkt. Bremen hat einen überdurchschnittlichen Prozentsatz
1217 an langjährig Erwerbslosen und an sog. „Aufstockern“. Deshalb soll zusätzlich
1218 mit einem verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt Teilhabe geschaffen und Arbeit
1219 statt Arbeitslosigkeit finanziert werden. Dafür sollen die passiven in aktive
1220 Leistungen umgewandelt werden. Aus dem Arbeitslosengeld II und den Kosten der
1221 Unterkunft wird so ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges
1222 Beschäftigungsverhältnis.

1223 **Baustelle Jobcenter**

1224 Wir wollen prüfen, ob das Bremer Jobcenter als zugelassener kommunaler Träger
1225 statt - wie bisher - als gemeinsame Einrichtung mit der Agentur für Arbeit,
1226 seiner anspruchsvollen Aufgabe nicht besser gerecht werden könnte. Als
1227 zugelassener kommunaler Träger hätte das Jobcenter bedeutend größeren Spielraum,
1228 um auf die Bedarfe der im Lande Bremen lebenden Personen zugeschnittene Angebote
1229 umzusetzen. So könnten z.B. die Themen „berufsbezogenes Deutsch“ und
1230 „Grundbildung“ anders gewichtet werden. Die Möglichkeiten, einen Schulabschluss
1231 nachzuholen, könnten ausgebaut werden. - Die Joboffensive könnte neu
1232 ausgerichtet werden. In diesem Zuge könnten themenbezogene Teams gebildet
1233 werden, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern sich
1234 vertieft mit Herausforderungen auseinandersetzen können, sich sinnvoll vernetzen
1235 und sich Expertise erarbeiten können.

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 5: Soziale Stadt

1261 **Text**

1262 **Soziale Stadt**

1263 **Teilhabe statt Ausgrenzung**

1264 GRÜNE Sozialpolitik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und übernimmt
1265 soziale Verantwortung. Wir akzeptieren keine dauerhafte Spaltung unserer
1266 Gesellschaft. Einem noch weiteren Auseinanderfallen der Gesellschaft treten wir
1267 konsequent entgegen. Insbesondere Bildung und Arbeit sind zwei entscheidende
1268 Voraussetzungen für ein Leben in Selbstbestimmung. Aber ebenso sind
1269 gesundheitliche Versorgung, Zugang zu Kultur und Mobilität Bestandteile einer
1270 gerechten Gestaltung der Lebensbedingungen. Dafür setzt sich GRÜNE Sozialpolitik
1271 ein. In den letzten vier Jahren haben wir nicht nur im Sozialressort die Weichen
1272 für eine inklusive Sozialpolitik gestellt, die darauf abzielt Ausgrenzung zu
1273 überwinden und Teilhabe zu ermöglichen. Dazu zählen z.B. die Verbesserung der
1274 Kindertagesbetreuung, ein neues Wohnbauprogramm mit einem Anteil von 25% an
1275 Sozialwohnungen in allen Stadtteilen, die Umsetzung der Mietpreisbremse,
1276 Schaffung neuer Mietobergrenzen für Beziehende von Transferleistungen, Maßnahmen
1277 zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit, Programme wie Wohnen in Nachbarschaften
1278 (WiN) und „Soziale Stadt“, mehr ambulante Angebote für Menschen mit
1279 Behinderungen, der Ausbau der aufsuchenden Altenarbeit und das Stadtticket.

1280 Eine wachsende Zahl von Menschen ist auf Unterstützung angewiesen. Familien mit
1281 Kindern, insbesondere Alleinerziehende, Wohnungslose, ältere Menschen,
1282 Suchtkranke, Flüchtlinge und Menschen mit Behinderungen brauchen
1283 unterschiedliche Angebote.

1284 In Bremen wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Armutsprävention
1285 ist die größte Herausforderung vor der wir stehen. 23% der Menschen in unseren
1286 beiden Städten sind armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder und Frauen.
1287 Armut hat dabei viele Gesichter. Materielle Armut geht oft einher mit
1288 Bildungsarmut und erschwert die soziale Teilhabe. Wir GRÜNEN wollen den sozialen
1289 Zusammenhalt verbessern. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Angebote für
1290 Kinder von 0-14 Jahren spielt hierbei eine wichtige Rolle. Wir wollen die

1291 Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.

1292 Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen, um Armutfolgen abzufedern und
1293 Ursachen von Armut zu bekämpfen. Zum zweiten Mal hat die rot-grüne Koalition
1294 einen „Armut- und Reichtumsbericht“ vorgelegt, der die Probleme der Menschen in
1295 schwierigen Lebenslagen beschreibt. Das vorbildliche erstmalig erarbeitete
1296 Programm zur Armutsprävention werden wir umsetzen sowie wirksame Instrumente
1297 schaffen.

1298 Im Bund setzen wir uns für eine existenzsichernde Grundsicherung ein. Wir
1299 fordern bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die
1300 Entbürokratisierung von Hartz-IV begrüßen wir. Die Pläne der Großen Koalition im
1301 Bund, die Sanktionen zu verschärfen, gehen dagegen in eine falsche Richtung.
1302 GRÜNE streiten für ein Sanktionsmoratorium, um die Rechte der Erwerbslosen
1303 gegenüber der Arbeitsverwaltung zu stärken und ungerechte Sanktionen zu
1304 beseitigen.
1305 Wir wollen den Zugang zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets weiter
1306 erleichtern, um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aktiv zu fördern. Wir
1307 fordern, dass Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene abzuschaffen und
1308 stattdessen die Regelungen der Leistungen für Einwanderer in der Grundsicherung
1309 zu verankern.

1310 Willkommen in der Nachbarschaft!
1311 Gute Nachbarschaften bilden die Basis für ein gutes Zusammenleben in den
1312 Wohnquartieren. Um den sozialen Zusammenhalt zu sichern, bedarf es lebendiger
1313 Stadtteile, in der Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, Einkommensklassen
1314 und Herkunft friedlich zusammenleben und sich gegenseitig unterstützen. Deshalb
1315 haben wir in Bremen dafür gesorgt, dass die beiden Programme „Soziale Stadt“ und
1316 „Wohnen in Nachbarschaft“ wie Zahnräder ineinander greifen. Bauliche Maßnahmen
1317 sind eng verknüpft mit sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.
1318 Wir setzen uns für die Stärkung beider Programme ein.
1319 Unverzichtbar ist die Rolle von ehrenamtlich tätigen Menschen für diese
1320 Aufgaben, ohne die viele Projekte unrealisierbar wären. Viele sind auch in
1321 Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden organisiert. Diesen Bereich wollen wir
1322 weiter wirksam fördern und wertschätzen.

1323 Bezahlbarer Wohnraum!
1324 Die Frage, wo und wie wir wohnen, ist immer mehr zur sozialen Frage geworden.
1325 Wir GRÜNE treten einer solchen sozialen Spaltung der Stadt entschieden entgegen.
1326 In Bremen haben wir daher eine Mietpreisbremse eingeführt, um die
1327 Mietpreisspirale zu dämpfen. Die vom Sozialamt und Jobcenter akzeptierten Mieten
1328 für Sozialleistungsbeziehende, haben wir an die marktüblichen Preise angepasst
1329 und werden dies auch zukünftig tun. Menschen in Stadtteilen mit höheren Mieten
1330 können auch weiterhin dort wohnen. Sie erhalten einen Zuschlag zu ihrer Miete.

1331 Rot-Grün ist einen wichtigen Schritt gegangen, um wieder mehr sozialen Wohnraum
1332 zu schaffen. Eine 25-Prozent Sozialwohnungsquote haben wir GRÜNE gemeinsam mit
1333 unserem Koalitionspartner erfolgreich gegen viel Widerstand durchgesetzt. Wir
1334 werben für das Projekt „Wohnen für Hilfe“, damit Studierende bei älteren
1335 Menschen wohnen können gegen Hilfe in Haus und Garten. Auch innovative Ansätze

1336 wie das „Bielefelder Modell“ zum selbstbestimmten Wohnen für Jung bis Alt sollen
1337 berücksichtigt werden. Wir werden dieses „Bielefelder Modell“ zu einem „Bremer
1338 Modell“ weiterentwickeln, in dem wir ‚Quartierszentren‘ mit einem Quartierscafé,
1339 einer 24-Stunden-Pflege-Unterstützungsbereitschaft und einer Beratung durch
1340 Dienstleistungszentren, Begegnungsstätten und andere Beratungsangebote
1341 kombinieren.

1342 Wohnungslosigkeit bekämpfen!
1343 Darüber hinaus haben wir GRÜNE unseren Fokus auf wohnungslose Menschen
1344 gerichtet. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die betroffenen Menschen
1345 dezentral in normalen Wohnungen leben können und persönliche Hilfen erhalten.
1346 Diesen Weg wollen wir weiterverfolgen und die aufsuchende Hilfe bei der
1347 Verhinderung von Wohnungslosigkeit ausbauen. Für psychisch kranke Wohnungslose
1348 werden wir eine besondere Unterstützung an der Schnittstelle Soziales und
1349 Gesundheit entwickeln.

1350 Raus aus der Schuldenfalle!
1351 Immer mehr Menschen in Bremen sind überschuldet oder von Überschuldung bedroht.
1352 Deshalb haben wir als Grünes Sozialressort 2012 die präventive Schuldenberatung
1353 für Erwerbstätige und Beziehende von Arbeitslosengeld I wieder eingeführt. Der
1354 Bedarf an Beratung und Unterstützung zur Entschuldung groß ist. Sie wird daher
1355 fortgesetzt und soll zukünftig um ein Angebot speziell für junge Menschen
1356 ergänzt werden. Wir setzen uns auch weiterhin für die Unterstützung dieser
1357 Menschen durch unabhängige Beratungsstellen wie die Arbeitslosen- und
1358 Sozialberatung ein.

1359 Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns ein wichtiger Baustein für eine Sozialpolitik,
1360 die auf Selbstbestimmung setzt. Die Selbsthilfeförderung soll verlässlich
1361 fortgeführt werden, sie unterstützt frühzeitig Menschen aller Altersgruppen und
1362 ist eine wichtige Säule im Alltag von Betroffenen.

1363 **Bremen: Kinder- und Familienfreundliches Land**

1364 Wir Grüne haben Bremen für Kinder, Jugendliche und Familien besser gemacht. Wir
1365 haben die Kindertagesbetreuung massiv ausgebaut und den Rechtsanspruch für unter
1366 Dreijährige erfüllt. Für über Dreijährige haben wir den Betreuungsanspruch von
1367 20 auf 30 Stunden pro Woche erhöht. Wir haben die Sprachförderung verstärkt und
1368 die Unterstützung für Elternvereine verbessert. Im Kinderschutz haben wir das
1369 Hilfenetz noch enger gemacht. Das Bundesprojekt „Frühe Hilfen“ haben wir
1370 erfolgreich umgesetzt um Kinderschutz von der Geburt an zu ermöglichen. Mit dem
1371 Modellprojekt ESPQ sind wir erfolgreich neue Wege in der Jugendhilfe gegangen.
1372 Für uns ist klar: Bei den Kleinen wird nicht gespart! Während Bremen in allen
1373 anderen Bereichen die Ausgaben senken muss, nehmen wir für Kinder und
1374 Jugendliche mehr Geld in die Hand als je zuvor. Die Jugendarbeit haben wir von
1375 der Kürzungsquote ausgenommen. Um auch in Zukunft angemessene Angebote für
1376 Jugendliche zu machen, haben wir ein Moratorium unter breiter öffentlicher
1377 Beteiligung in Gang gesetzt. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen.

1378 Berufs- und Familienalltag sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen.
1379 Darum wollen wir die Kindertagesbetreuung weiter ausbauen und flexibilisieren.
1380 Wir brauchen mehr ganztägige Angebote für alle Kinder von Anfang an. Den

1381 Rechtsanspruch auf 30 Stunden Betreuung pro Woche wollen wir auf alle Kinder ab
1382 dem ersten Geburtstag ausweiten. Die Trägervielfalt ist für uns ein hohes Gut.
1383 Darum wollen wir Elternvereine weiter stärken und schrittweise den anderen
1384 Trägern angleichen. Neue Kindertageseinrichtungen sollen verstärkt in
1385 Mehrgenerationenprojekte integriert werden. Langfristig sollen sich Kindergärten
1386 zu Anlaufpunkten für die ganze Familie weiter entwickeln.

1387 Kindergärten sind wichtige Bildungseinrichtungen. Weil Sprache der Schlüssel zur
1388 Welt ist, wollen wir vor allem die Sprach- und Leseförderung verstärken und das
1389 erfolgreiche Projekt „Bücherkitas“ ausbauen. Kitas in sozialen Brennpunkten
1390 sollen eine zusätzliche Fachkraft zur Sprachförderung bekommen. Um alle Kinder
1391 gezielt und kontinuierlich zu fördern, brauchen wir einen gemeinsamen
1392 Bildungsplan für Kindergarten und Grundschule. Dabei heißt es für uns: Alle
1393 anders - alle gleich. Inklusion von Anfang an ist für Grüne eine
1394 Selbstverständlichkeit.

1395 Der regelmäßige Aufenthalt in der Natur ist wichtig für eine gesunde
1396 körperliche, psychische und soziale Entwicklung von Kindern. Darum wollen wir
1397 naturnahe pädagogische Angebote ausweiten und Partnerschaften zwischen
1398 Kindergärten und Kleingartenvereinen fördern. Wir wollen es Kindergärten
1399 ermöglichen, noch mehr gesundes, regionales und biologisches Essen anzubieten.

1400 In Bremen und Bremerhaven sind viele Kinder und ihre Familien von Armut
1401 betroffen. Deshalb ist es wichtig, ihre Chancen für die Zukunft zu verbessern.
1402 Wir setzen auf frühkindliche Bildung und frühe Teilhabe als Armutsprävention und
1403 -bekämpfung. Wir wollen den Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen
1404 erleichtern. Es soll ein Stadtticket für Kitagruppen und Grundschulklassen
1405 geben. Das kostenlose Mittagessen für alle Kinder aus Familien mit geringem
1406 Einkommen in Kitas, Horten und Grundschulen geben soll erhalten bleiben.

1407 Im Kinderschutz wollen wir bestehende Netzwerke weiter ausbauen und ständig
1408 überprüfen. Bei den Erziehungshilfen setzen wir auf Prävention. Die erprobten
1409 Ansätze zur quartiersbezogenen präventiven Sozialarbeit sollen auf ganz Bremen
1410 ausgeweitet werden. Auch die Erziehungsberatung wollen wir ausbauen. Immer mehr
1411 Kinder und Jugendliche werden Opfer von Mobbing. Auch das sogenannte
1412 Cybermobbing im Internet, vor allem in sozialen Netzwerken, nimmt stetig zu. Wir
1413 wollen daher Anti-Mobbing-Programme an Schulen ausweiten und die Selbsthilfe für
1414 Mobbingopfer fördern.

1415 Wir begreifen die Stadt als Lebensraum für Kinder und Jugendliche - darum wollen
1416 wir eine Spielleitplanung für alle Stadtteile. Auch in neuen Quartieren wie der
1417 Überseestadt muss Platz für Kinder und Jugendliche sein. Deswegen braucht Bremen
1418 ein Spielraum-Förderprogramm.

1419 Junge Menschen haben ein Recht auf Jugendarbeit. Es muss Angebote geben, die sie
1420 in ihrer Freizeit nutzen können, die an ihren Interessen anknüpfen und sie in
1421 ihrer Entwicklung fördern. Wir unterstützen deshalb die bremischen
1422 Jugendeinrichtungen in ihrer wertvollen Arbeit und wollen die aufsuchende
1423 Jugendarbeit ausbauen. Eine engere Kooperation zwischen Schule und
1424 Jugendeinrichtungen ist erstrebenswert. Für das zivilgesellschaftliche

1425 Engagement von Jugendlichen spielen Jugendverbände eine besondere Rolle. Wir
1426 wollen dieses Engagement unterstützen, zum Beispiel über Vergünstigungen für
1427 InhaberInnen der Jugendleiter-Card.

1428 Zu viele junge Menschen in Bremen haben weder einen Arbeits- noch einen
1429 Ausbildungsplatz. Wir haben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine
1430 Jugendberufsagentur eingerichtet. Diese gilt es nun zu etablieren und in ihrer
1431 Wirksamkeit regelmäßig zu überprüfen. Die bereits eingeführte kostenlose
1432 Schuldnerberatung wollen wir gezielt für junge Menschen ausbauen. Wir nehmen die
1433 Bedürfnisse junger Menschen ernst und fördern ihre Beteiligung in
1434 Entscheidungsprozessen, zum Beispiel durch die Einrichtung von Jugendbeiräten.

1435 **Gesundheit**

1436 Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Gesundheit und eine angemessene
1437 medizinische Versorgung. Wir sind davon überzeugt, dass ein gutes
1438 Gesundheitssystem solidarisch organisiert sein muss. Es ist schädlich, wenn sich
1439 Besserverdienende und Gesundere der Solidargemeinschaft verweigern. Darum werden
1440 wir uns auch weiterhin für eine Bürgerversicherung für Alle einsetzen. Wir
1441 wollen, dass sich das medizinische Angebot an den Versorgungsnotwendigkeiten
1442 einer Region orientiert. Dazu braucht es eine gemeinsame Versorgungsplanung. Wir
1443 unterstützen die Stärkung der HausärztInnen als kontinuierliche
1444 AnsprechpartnerInnen ihrer PatientInnen, um unnötige Mehrfachdiagnostik und die
1445 Verordnung von zu vielen Medikamenten zu vermeiden

1446 In allen gesundheitspolitischen Fragen leitet uns der Grundsatz "Die Angebote
1447 müssen sich an die Menschen anpassen und nicht die Menschen an die bestehenden
1448 Angebote!" Für uns steht die NutzerInnenorientierung anstelle der
1449 Anbieterorientierung im Vordergrund! Die Selbsthilfe ist eine zusätzliche
1450 Unterstützung zur Bewältigung von chronischen Krankheiten und akuten
1451 Gesundheitskrisen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die finanzielle
1452 Unterstützung aus der öffentlichen Hand erhalten bleibt.

1453 Wir werden die freien Hebammen - auch nach ersten Teilerfolgen - weiter in ihrem
1454 Kampf für wirtschaftlich tragbare Arbeitsbedingungen unterstützen. Es darf nicht
1455 passieren, dass ein Berufsstand ausstirbt, der Frauen ermöglicht, zu
1456 entscheiden, wie und wo sie ihr Kind zur Welt bringen wollen! Wir erkennen die
1457 Möglichkeit, Kaiserschnitte sicher durchzuführen, als großen medizinischen
1458 Fortschritt an, meinen aber, dass eine Kaiserschnitttrate von über 30% deutlich
1459 zu hoch ist. Auf unsere Initiative wurde das "Bündnis zur Förderung der
1460 natürlichen Geburt" etabliert. Wir werden diesen Prozess intensiv voranbringen.
1461 Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Stillrate ein.

1462 Uns ist gelungen, die Förderung der seelischen Gesundheit zu einem Schwerpunkt
1463 unserer Arbeit zu machen. Dabei sind Angebote der kulturellen Bildung ebenso
1464 notwendig, wie beispielsweise Lärmschutz und ein gutes Betriebsklima. Unsere
1465 Arbeit zugunsten der Förderung der seelischen Gesundheit in allen
1466 Lebensbereichen werden wir intensiv fortsetzen. Wir setzen uns weiter intensiv
1467 für eine Psychiatriereform in Bremen und Bremerhaven ein. Dazu gehören unter
1468 anderem der Ausbau ambulanter, regionaler und passgenauer Angebote, Stärkung der
1469 Beteiligung von PatientInnen und Angehörigen und die verbindliche Vernetzung der

1470 Behandlungsangebote. Entscheidend ist eine gewaltvermeidende Behandlung. Dafür
1471 ist die von uns angestoßene Reform des "Gesetzes für Hilfen und Schutzmaßnahmen
1472 psychisch Kranker" ein wichtiger Schritt.

1473 Die Krankenhauslandschaft in Bremen ist vielfältig. Wir unterstützen alle
1474 Kliniken in ihrer schweren Aufgabe der Sicherung einer hochwertigen
1475 medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Besondere Verantwortung haben wir für
1476 die vier kommunalen Kliniken unter dem Dach der Gesundheit Nord. Der Prozess der
1477 letzten Jahre zur Entwicklung einer Medizinstrategie, die die Schwerpunkte der
1478 jeweiligen Klinik im Gesamtverbund festlegt, ist sinnvoll und wird eng durch uns
1479 begleitet. Eine zentrale Versorgungs- und Bedarfsplanung unter Einbeziehung
1480 aller Krankenhäuser ist notwendig. Grundlage dieser Planung muss der Bedarf der
1481 Bremer BürgerInnen sein. So können Versorgungslücken geschlossen, aber
1482 vielleicht auch unnötige Doppelstrukturen abgebaut werden. Da Bremen bis zu 40%
1483 PatientInnen aus dem niedersächsischen Umland versorgt, ist eine Abstimmung mit
1484 Niedersachsen und letztlich eine gemeinsame Bedarfsplanung in unserer Region
1485 notwendig. Dieses gilt insbesondere auch für Bremerhaven, wo die stationäre
1486 Versorgung vor großen Veränderungen steht.
1487 Wir haben eine Reihe von Anti-Korruptions-Initiativen im Gesundheitswesen
1488 gestartet. Dazu gehört eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Sicherheit
1489 von Medizinprodukten ebenso, wie die Auflösung der Verknüpfung von der Anzahl
1490 bestimmter Operationen mit Chefarztgehältern und der Initiative zur Vermeidung
1491 unnötiger Mehrfachmedikation, insbesondere im Alter. Risiken und Qualität von
1492 Medikamenten und Medizinprodukten sind unabhängig von wirtschaftlichen
1493 Interessen zu untersuchen. Dem Einfluss der Pharmalobby auf Verordnung und
1494 Leitlinien treten wir entgegen. Das ist ein Arbeitsschwerpunkt, den wir
1495 energisch fortsetzen werden.

1496 Die Ausgestaltung des medizinischen Angebots und die Bewertung von
1497 Krankheitserscheinungen sind vielfach noch an der mitteleuropäischen und
1498 männlichen Norm orientiert. Es bedarf einer medizinischen und therapeutischen
1499 Versorgung, die auf die je spezifischen Bedarfslagen von Frauen und Männern
1500 ausgerichtet ist - insbesondere bei Präventionsangeboten, in der Psychiatrie
1501 oder in der Suchthilfe. Wir wollen dafür sorgen, dass Angehörige aller
1502 Gesundheitsberufe in Bremen und Bremerhaven verstärkt für geschlechtsspezifische
1503 Unterschiede sensibilisiert werden. Menschen mit Migrationshintergrund werden im
1504 Gesundheitssystem häufig unter- und fehlversorgt. Sprach- und
1505 Verständigungsprobleme und vor allem die mangelnde interkulturelle Öffnung des
1506 deutschen Gesundheitssystems verschärfen diesen Konflikt. Eine kulturspezifische
1507 Versorgung muss ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungen im
1508 Gesundheitssektor werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ansätze für eine
1509 interkulturelle Öffnung der Krankenhäuser weiter vorangetrieben werden und dass
1510 auf Bundesebene eine Finanzierung von Dolmetscherkosten durch die Krankenkassen
1511 sichergestellt wird. Wichtige gesundheitliche Informationen sollen zukünftig
1512 auch in einfacher Sprache vorliegen, das hilft vielen Zielgruppen. Wir setzen
1513 uns zudem für eine ausreichende medizinische Versorgung von papierlosen
1514 MigrantInnen, nicht-krankenversicherten EU-Bürgern und Asylbewerbern ein.

1515 Die Vielzahl von Krankenhäusern sowie Einrichtungen und Praxen der ambulanten
1516 Versorgung stellt einen bedeutenden Arbeitsmarkt in unserem Land dar.
1517 Wir wollen dazu beitragen, dafür zukunftsfähige Rahmenbedingungen

1518 zu ermöglichen. Die Qualität eines Gesundheitswesens ist nicht zuletzt auch von
1519 den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten abhängig. Wir unterstützen die derzeit
1520 stattfindende Debatte zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe sowie die
1521 Durchlässigkeit zu höheren Qualifikationen in den Pflege- und Therapieberufen.
1522 Dem drohenden Fachkräftemangel muss durch die Sicherstellung der Ausbildung für
1523 Ergo- und Physiotherapie und Logopädie begegnet werden.

1524 Mit der Beratungsstelle für Berufskrankheiten konnten wir Menschen, die in Folge
1525 ihrer Erwerbsarbeit krank geworden sind, besser unterstützen. Das betrifft auch
1526 viele Asbestose-Kranke und deren Angehörige, um die wir uns intensiv kümmern.
1527 Sie haben trotz schwerster Leiden oft Probleme, ihre Berufskrankheit bei der
1528 Berufsgenossenschaft anerkannt zu bekommen. Unser politisches Ziel ist die
1529 Umkehr der Beweislast auf Bundesebene. Die entwürdigende Situation, dass die
1530 Betroffenen den Beweis erbringen müssen durch ihre Arbeit krank geworden zu
1531 sein, wollen wir dadurch abschaffen. Darüber hinaus werden wir uns dafür
1532 einsetzen, dass Betroffene bessere Chancen haben, neutrale Gutachter zu finden.
1533 Grundsätzlich setzen wir uns für dringend benötigte Prävention körperlicher und
1534 seelischer Erkrankungen am Arbeitsplatz ein. Im öffentlichen Dienst sind wir mit
1535 zahlreichen Programmen vorangegangen.

1536 **Sucht/Drogen**

1537 Suchtkrankheiten sind eine gesellschaftliche Tatsache, die ihre Auswirkungen in
1538 allen sozialen Schichten zeigt. Die Krankheit „Sucht“ ist von der Frage der
1539 Legalität des süchtig machenden Stoffes weitgehend unabhängig, wie die Beispiele
1540 Alkohol und Nikotin zeigen. Wichtig für die Suchtbekämpfung ist eine
1541 niedrigschwellige Prävention. Kinder und Jugendliche müssen nicht nur über
1542 Risiken von süchtig machenden Stoffen informiert, sondern auch in der
1543 Gesellschaft gestärkt werden und lernen, Nein zu sagen. Dafür ist ein enges
1544 Zusammenspiel zwischen Kitas, Schulen und Eltern nötig. Personal muss gezielt
1545 geschult werden. Nicht-stoffgebundener Suchterscheinungen wie die Abhängigkeit
1546 von Computerspielen, Glücks- oder Wettspielen stellen uns vor neue
1547 Herausforderungen. Wir wollen dafür sorgen, dass Präventions- und
1548 Beratungskonzepte gezielt entwickelt und angeboten werden.

1549 Grüne haben sich stets an Reformdebatten in der Drogenpolitik maßgeblich
1550 beteiligt. Jetzt werden international wie bei uns wieder entscheidende Weichen
1551 in der Drogenpolitik neu gestellt. WissenschaftlerInnen, TherapeutInnen,
1552 StrafrechtlerInnen und politisch Verantwortliche stellen sich mehrheitlich der
1553 Tatsache, dass eine grundlegende Aufarbeitung der totalen Verbotsstrategie
1554 notwendig ist. Vielfach wird dabei deren Scheitern festgestellt. Gründe sind die
1555 Schaffung eines Milliarden schweren Komplexes organisierter Kriminalität, der
1556 Tausende von Toten produziert und ganze Staaten unterwandert, der Verdacht, dass
1557 Illegalität in bestimmten Altersgruppen und Milieus die Attraktivität der Drogen
1558 eher erhöht und eine Vielzahl von medizinischen und gesellschaftlichen
1559 Argumenten. Die Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken ist in vielen
1560 Ländern weit vorgeschritten und wird auch hierzulande in der Schmerztherapie
1561 befürwortet. Das unterstützen wir. Beim privaten Gebrauch ist die Gleichstellung
1562 von bestimmten Drogen mit Alkohol oder Tabak traditionell sehr umstritten, die
1563 Diskussion – wegen der Folgen zu Recht – hoch emotionalisiert. Hier befürworten
1564 wir eine ausführliche und ernsthafte Debatte zwischen allen Beteiligten und
1565 setzen uns weiterhin für eine Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen ein.
1566 Wir Bremer Grüne wollen mutig und verantwortungsvoll nach neuen Wegen suchen.

1567 **Politik für ältere und alte Menschen**

1568 Viele ältere und alte Menschen haben nach Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit noch
1569 viele Jahre aktiven und ausgefüllten Lebens vor sich. Wir Grüne wollen ihre
1570 Erfahrungen und Qualifikationen nicht verzichten. Wir schätzen und unterstützen
1571 das vielfältige ehrenamtliche Engagement älterer Menschen.

1572 Die soziale und gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen, ist für uns
1573 ebenso zentrales Anliegen, wie die Förderung eines selbstbestimmten Leben, so
1574 lange wie möglich.

1575 In den letzten 4 Jahren haben wir viel Wert auf den Abbau von Barrieren gelegt.
1576 Für den Straßen- und Wegebau gibt es jetzt eine bundesweit vorbildliche
1577 Richtlinie, damit alle Menschen ihre Wege ohne fremde Hilfe bewältigen können.
1578 Wir haben den Fokus auf barrierefreie Geldautomaten gerichtet, aber auch darauf,
1579 dass eine verständlichere Sprache benutzt wird. Ein Durchbruch ist uns gelungen
1580 bei der Aufsuchenden Altenarbeit: die Modellprojekte wurden in eine
1581 Regelförderung übernommen und sogar auf zwei weitere Stadtteile ausgedehnt. So
1582 erhalten immer mehr Menschen Beratung und Unterstützung für eine selbstbestimmte
1583 Lebensführung. Viele Begegnungsstätten sind inzwischen auf einem guten Weg, um
1584 sich zu offenen Treffpunkten im Stadtteil zu entwickeln, zu Anziehungspunkten
1585 mit differenzierten Angeboten für unterschiedlichste Menschen. Die Arbeit der
1586 Seniorenvertretung ist immer transparenter geworden. Das Bremische Wohn- und
1587 Betreuungsgesetz, der Nachfolger des Heimgesetzes, hat sich bewährt, die
1588 sogenannte Heimaufsicht konnte gestärkt werden. Damit auch alte Menschen dort
1589 wohnen bleiben können, wo sie wollen, obwohl sie finanziell nicht gut gestellt
1590 sind, haben wir dafür gesorgt, dass nun einfachere und praktikablere Richtlinien
1591 zur Erstattung der Wohnkosten bei der Grundsicherung gelten.

1592 Auch zukünftig werden wir daran arbeiten, dass sich ältere und alte Menschen
1593 aktiv in gesellschaftliche Prozesse einbringen können, das bedeutet für uns: wir
1594 schaffen Raum für Engagement, fördern Begegnungsstätten im Quartier und
1595 unterstützen Menschen in ihren Bemühungen, ihre Angelegenheiten selbst in die
1596 Hand zu nehmen. Die bremische Seniorenvertretung, die sich für die Interessen
1597 der alten Menschen einsetzt, wollen wir deshalb weiter stärken. Dabei setzen wir
1598 auf eine verstärkte Kooperation von Beratungsstellen, Dienstleistungszentren,
1599 Sozialzentren und Ortsämter in den Quartieren. Ziel ist, dass alte Menschen in
1600 ihrem Lebensumfeld so lange wie möglich verbleiben können und die notwendige
1601 Infrastruktur hierfür vorfinden. Hierzu gehört für uns die Ausweitung der
1602 Aufsuchenden Altenarbeit, die Förderung neuer Wohnformen wie
1603 Altenwohngemeinschaften und Mehrgenerationen-Wohnprojekte, die Berücksichtigung
1604 von Konzepten zum Gemeinschaftswohnen in Stadtplanungsprozessen sowie das
1605 Angebot von kleinem und mittelständischem Einzelhandel sowie
1606 Gesundheitsdienstleistungen in den Stadtteilen.

1607 Zunehmende Altersarmut ist auch in Bremen eines der drängendsten Probleme.
1608 Angesichts unsteter Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines
1609 sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut absehbar noch zunehmen. Das
1610 betrifft vor allem Frauen, die aufgrund tradiertter Rollenzuweisungen und nicht
1611 vorhandener Betreuungsplätze nicht oder in Teilzeit erwerbstätig waren und sind.
1612 Dem setzen wir eine umfassende arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategie
1613 entgegen, denn ein zentraler Punkt GRÜNER Politik auf allen Ebenen bleibt die
1614 Bekämpfung von Altersarmut.

1615 **Unterstützung und Pflege**

1616 Auch in den nächsten Jahren wird die Zahl der Menschen zunehmen, die
1617 Unterstützungs- und Pflegeleistungen dauerhaft oder zeitlich begrenzt benötigen.
1618 In beiden Fällen gilt für uns GRÜNE, dass Pflege bedarfsgerecht und mit hoher
1619 Qualität erbracht werden muss und dabei immer das Selbstbestimmungsrecht des zu
1620 unterstützten Menschen zu wahren ist.

1621 Wir haben in den letzten 4 Jahren großen Wert darauf gelegt, im Vorfeld der
1622 Pflegebedürftigkeit Unterstützung zu organisieren, indem wir Beratungsangebote
1623 ausgeweitet oder erhalten haben. Wir haben Wohnen mit Unterstützung in der
1624 eigenen Wohnung gefördert und durch Vereinbarungen mit Heimträgern über den
1625 Abbau von stationären Plätzen zugunsten ambulanter Angebote eine Umsteuerung
1626 begonnen. Zur Verbesserung der Pflege haben wir uns an der Bremer Pflege-
1627 Initiative beteiligt, die Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege wurde um
1628 die Hälfte erhöht, und die Altenpflegeausbildung ist jetzt auch bei ambulanten
1629 Diensten möglich.

1630 Auch zukünftig wird die Förderung von ambulanten und miteinander verzahnten
1631 Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsangeboten eine entscheidende Grundlage
1632 sein. Unverzichtbar ist für uns eine wohnortnahe, integrierte Versorgung im
1633 Quartier, denn dies entspricht den Wünschen der meisten Pflegebedürftigen.
1634 Ambulante Unterstützung muss die gleiche Versorgungssicherheit haben wie
1635 stationäre Pflege. Daher werden wir in den Quartieren Rufbereitschaften mit
1636 einer 24-Stunden-Sicherheit einrichten. Um für mehr Menschen ein Höchstmaß an
1637 Selbstbestimmung zu gewährleisten, wollen wir das Modell der ‚Persönlichen
1638 Assistenz‘ ausbauen. Ein Großteil von Pflegeleistungen wird immer noch im
1639 familiären Umfeld erbracht. Dieses Engagement ist wertzuschätzen, insbesondere
1640 weil dies für viele Angehörige – insbesondere Frauen – eine hohe Belastung in
1641 körperlicher wie psychischer Hinsicht bedeutet. Wir setzen uns hier für
1642 Anerkennung der Leistung und für Unterstützungssysteme ein.

1643 Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind zu verbessern. Um den Pflegeberuf
1644 attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass Pflegenden bei der
1645 Systemgestaltung mitwirken können. Deshalb fördern wir die Einbindung und das
1646 Stimmrecht der professionellen Pflege in den kommunalen und landesweiten
1647 Entscheidungsgremien der Selbstverwaltung. Außerdem wollen wir prüfen, welche
1648 Aufgaben und Vorteile eine Pflegekammer unter bremischen Bedingungen haben
1649 könnte. Dringend notwendig ist für uns auch die bessere Integration von
1650 Fachkräften aus EU-Mitgliedsstaaten.

1651 Wir wollen, dass die Kommunen einen stärkeren Einfluss auf die Infrastruktur der
1652 Pflegeversorgung haben. Wir werden hier in Bremen versuchen den Neubau großer
1653 Pflegeeinrichtungen zu verhindern. Einrichtungen mit mehr als 60 Plätzen können
1654 nicht mehr sicherstellen, dass ein intensiver Austausch aus der Einrichtung in
1655 den Stadtteil und umgekehrt stattfindet. Wir werden solche Bettenburgen daher
1656 rechtlich verhindern.

1657 Leider werden Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, auch Opfer von
1658 Gewalt. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Kontrolle von
1659 Pflegeeinrichtungen und für Gewaltschutzmaßnahmen ein.

1660 Die Übertragung der Heilkunde auf Pflegefachkräfte in definierten Bereichen ist
1661 inzwischen möglich. Wir setzen uns für eine schnellstmögliche praktische
1662 Umsetzung dieser empfohlenen Modellvorhaben in Bremen ein. Dafür müssen umgehend
1663 pflegerische Ausbildungsinhalte angepasst und Leistungsverträge zwischen
1664 Krankenkassen und Leistungserbringern abgeschlossen werden. Darüber hinaus
1665 fordern wir die Überprüfung der Möglichkeiten einer sinnvolleren, effizienteren
1666 Aufgabenverteilung zwischen allen Gesundheitsberufen auf Bundes- und
1667 Landesebene.
1668 Der Pflege im Krankenhaus muss für den Heilungsprozess eine größere Bedeutung
1669 zukommen. Viele Operationen wären vermeidbar, der Heilungsprozess besser
1670 organisierbar, wenn der Pflegebereich eigenständig die Genesungsprozesse
1671 organisieren könnte. Menschen müssen mit der erforderlichen Unterstützung besser
1672 auf die Entlassung vorbereitet werden. Das gilt sowohl für die erforderlichen
1673 Hilfsmittel, eventuelle Wohnungsanpassungen als auch für die häusliche
1674 Krankenpflege. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Ansprüche
1675 an die Krankenversicherung auf ‚Häusliche Krankenpflege‘ auszubauen. Um die
1676 professionelle Pflege weiter zu stärken, sind die entscheidenden
1677 Weichenstellungen auf Bundesebene vorzunehmen: vom neuen Pflegebegriff über die
1678 Bürger-Pflegeversicherung und die verbindlichen Instrumente zur
1679 Personalbemessung bis hin zur Abschaffung des gescheiterten Pflege-TÜV's. Die
1680 bereits erfolgte Umstellung auf Zeiteinheiten muss die Bedarfsermittlung nach
1681 Leistungskomplexen vollständig ablösen. Dieses wollen wir über den Bundesrat
1682 anstoßen.

1683 **Behinderungen**

1684 Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich der Bund und
1685 die Bundesländer verpflichtet, behinderten Menschen eine gleichberechtigte
1686 gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Sie haben daher diskriminierende
1687 Bestimmungen zu beseitigen und angemessene Vorkehrungen zu treffen, um auch
1688 faktisch behinderten Menschen den Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen
1689 zu eröffnen. Für uns Grüne ist Ziel deshalb Inklusion von Beginn an. Wir setzen
1690 uns dafür ein, dass Formulare in allen Bereichen verständlicher werden. Leichte
1691 Sprache nutzt vielen! Wir wollen die Inklusion in Kindertageseinrichtungen und
1692 Schulen weiter ausbauen und die gemeinsame Förderung behinderter und
1693 nichtbehinderter Kinder weiterentwickeln. Dazu wollen wir im Kindergarten die
1694 Frühförderung in den Alltag einbeziehen und in der Schule den zieldifferenten
1695 Unterricht verstärken. Schule und Jugendhilfe müssen stärker zusammenarbeiten,
1696 damit kein Kind mehr ausgegrenzt wird.

1697 Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir in Bremen unter
1698 Federführung des Grünen Sozialressorts einen Aktionsplan zusammen mit den
1699 Interessenvertretungen der behinderten Menschen erarbeitet, der Veränderungen in
1700 allen Senatsressorts vorsieht. Die Umsetzung des Aktionsplanes soll von einem
1701 Ausschuss bei dem Landesbehindertenbeauftragten unter Beteiligung der
1702 Behindertenverbände begleitet werden. Er soll auch Expertisen einholen können.

1703 Um die soziale Teilhabe zu verbessern, werden wir Grüne jährlich 5 % der
1704 stationären Plätze in ambulante Angebote in der eigenen Wohnung umwandeln. Es
1705 darf nicht mehr von Art und Schwere der Beeinträchtigung abhängen, ob jemand in
1706 einer eigenen Wohnung leben darf! Dazu müssen quartiersbezogene
1707 Rufbereitschaften eingerichtet werden, die rund um die Uhr die notwendigen

1708 Hilfen erbringen.

1709 Das System persönlicher Assistenz soll ausgebaut werden, um eine stärker
1710 selbstbestimmte Unterstützung zu ermöglichen. Sie soll auch die Begleitung bei
1711 der Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten besser ermöglichen. Pflege und
1712 Eingliederungshilfe müssen dafür besser verzahnt und zu einem
1713 Unterstützungssystem zusammengeführt werden. Auf Bundesebene sind wir aktiv an
1714 der Reform der Eingliederungshilfe beteiligt. Sie soll zu einem umfassenden
1715 Recht auf Soziale Teilhabe ausgebaut werden. Dabei soll auf bereits vorhandene
1716 Vorschläge aufgebaut werden.
1717 Wir wollen den Zugang Behinderter zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern. Dazu
1718 sind bereits zwei Integrationsprojekte im Rahmen der Werkstatt Bremen gestartet
1719 worden, die auch Menschen aus der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) eine
1720 reguläre Beschäftigung zu tariflichen Entgelten bietet. In der WfbM haben wir
1721 die Weiterbildung intensiviert, so dass auch Werkstattmitarbeiter anerkannte
1722 berufliche Teilabschlüsse machen können. Mit dem Budget für Arbeit werden wir
1723 behinderten Menschen die Möglichkeit eröffnen die Zuwendungen, die sie in einer
1724 WfbM erhalten auch für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
1725 einzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, die Programme für eine Unterstützte
1726 Beschäftigung der Bundesagentur für Arbeit auszuweiten.

1727 Der Zugang zum Gesundheitssystem darf nicht an Barrieren scheitern! Wir werden
1728 die Krankenkassen auffordern, verbindliche Vereinbarungen zu treffen, damit
1729 medizinische und therapeutische Leistungen in barrierefreien Räumen und mit
1730 barrierefreien Einrichtungen erbracht werden.

1731 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist Ziel GRÜNER Politik. Die Bremer
1732 Landesbauordnung muss die Barrierefreiheit umfassender sicherstellen. Im
1733 Wohnungsbau werden wir die Zahl der rollstuhlgeeigneten Wohnungen durch
1734 entsprechende Auflagen und eine zielgerichtete Förderung erhöhen. Der Nahverkehr
1735 muss weiter barrierefrei ausgebaut werden. Prüfen wollen wir, inwieweit Hotels
1736 und Hostels angeregt werden können, eine Quote von 5 % der Zimmer
1737 rollstuhlgerecht zu gestalten, wie Gaststätten und Veranstaltungsstätten darin
1738 unterstützt werden können ihre Sanitäreanlagen und Gasträume barrierefrei zu
1739 gestalten sowie Bauträger bei bestehenden Bauten notwendige Anpassungen
1740 realisieren können.

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: **Kapitel 6: Demokratische Teilhabe, Gleiche Rechte und Antidiskriminierung**

1741 **Text**

1742 **Demokratische Teilhabe, Gleiche Rechte und Antidiskriminierung**

1743 **Beteiligung und Engagement**

1744 In Bremen gibt es viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung.
1745 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in Beiräten, in Initiativen,
1746 Netzwerken, Selbsthilfegruppen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Wir
1747 fördern alle Beteiligungsformen, denn Demokratie funktioniert nur, wenn viele
1748 Menschen – aus unterschiedlichen Zusammenhängen – Verantwortung für das
1749 Gemeinwesen übernehmen.

1750 Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Sowohl durch mehr direkte
1751 Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte
1752 Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke und
1753 repräsentative parlamentarische Vertretungen. Bürgerbeteiligung ist für uns kein
1754 Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligungsformen fördert, überprüft,
1755 fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll.

1756 Was wir mit Grüner Regierungsbeteiligung für mehr BürgerInnenbeteiligung getan
1757 haben, kann sich sehen lassen! Wir haben die generellen Hürden für
1758 Volksentscheide, zuletzt auch bei Verfassungsänderungen drastisch gesenkt, als
1759 erstes Bundesland Volksentscheide bei Privatisierungen eingeführt, uns für
1760 bundesweite Volksentscheide eingesetzt und die Zahl der Unterschriften für
1761 Bürgeranträge mehr als halbiert, sowie die Onlineunterschrift ermöglicht. Damit
1762 stehen wir im deutschlandweiten Vergleich ganz weit oben.

1763 Wir haben die Beiräte gestärkt, ihnen ein Rederecht in der Stadtbürgerschaft und
1764 das Wahlrecht für ihre Ortsamtsleitungen gegeben und überprüfen zurzeit das
1765 Beirätegesetz auf seine Praxistauglichkeit. Wir prüfen die Einführung einer
1766 Vorhabenliste, wie in Heidelberg, die alle öffentlichen Bauvorhaben einfach und
1767 übersichtlich darstellt. Große Beteiligungsprozesse, wie die Planung eines

1768 gesamten Quartiers auf dem Gelände des Klinikums Mitte oder der
1769 Verkehrsentwicklung, finden deutschlandweit Beachtung. Um dabei möglichst viele
1770 Menschen zu erreichen, nutzen wir die Online-Beteiligung über das Internet
1771 ebenso wie Bürgerforen und Formen der aufsuchenden Beteiligung. Ebenso können
1772 wir stolz sein auf viele kleinere Beteiligungsprozesse, vor allem im Kinder- und
1773 Jugendbereich. Um klare Regeln für Beteiligung über den gesetzlichen Rahmen
1774 hinaus zu schaffen, haben wir den "Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung" auf den
1775 Weg gebracht. Aus gemachten Erfahrungen und Fehlern lernen wir. Politik und
1776 Verwaltung erarbeiten gemeinsam mit Beiräten und Bürgerinnen faire
1777 Beteiligungsverfahren.

1778 Wir ruhen uns nicht auf dem Geleisteten aus, sondern arbeiten zielstrebig weiter
1779 an einer Demokratie, die eine Beteiligung aller möglich macht. Für die kommenden
1780 Jahre nehmen wir uns einiges vor. Wir wollen, dass BürgerInnen das Recht haben
1781 Beteiligungsprozesse zu initiieren. Wir wollen in allen Themenbereichen die
1782 BürgerInnen mit ins Boot holen und dabei gezielt Gruppen einbinden, deren
1783 Meinungen bisher nicht ausreichend repräsentiert sind. Wir werden daran
1784 arbeiten, Beteiligungsprozesse geschlechtersensibel zu gestalten und Barrieren
1785 aufgrund von Sprache, Herkunft oder Bildungsstand abzubauen. Damit Demokratie
1786 von klein auf gelernt wird, wollen wir Kinder und Jugendlichen altersangemessen
1787 an Entscheidungen beteiligen, die sie betreffen. Deshalb wollen wir
1788 Jugendbeiräte fördern und gemeinsam mit Kitas, Schulen und Freizeits bestehende
1789 Konzepte und Standards weiterentwickeln. Für mehr direkte Entscheidungen, wollen
1790 wir eine elektronische Unterschrift bei Volksbegehren einführen und wichtige
1791 Entscheidungen von uns aus zum Volksentscheid vorlegen. Gemeinsam mit den
1792 Beiräten wollen wir beraten, ob wir ihre Entscheidungsbefugnisse ausweiten, ob
1793 ihre Aufgaben und vorhandene Ressourcen im Einklang stehen und ob wir
1794 BürgerInnenentscheide auf Stadtteilebene einführen. Wir würdigen das freiwillige
1795 Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen und werden die Bedingungen
1796 dafür verbessern.

1797 **Feminismus, Gender-Bewegung und Geschlechtergerechtigkeit**

1798 Grüne Politik in Bremen hat in den letzten Jahren einen starken Fokus auf
1799 geschlechterspezifische Maßnahmen gelegt, z.B. durch die Einführung
1800 verschiedener Arbeitszeitmodelle in der öffentlichen Verwaltung, in der
1801 Schaffung diskriminierungsfreier und gesundheitsfördernder Arbeitsräume für
1802 Frauen und Männer oder bei den zunehmenden Berufungen von Frauen in
1803 Führungspositionen. Bremen ist in diesen Feldern, z.B. mit einer Quote von 33,2%
1804 Frauen in Aufsichtsräten, im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders gut
1805 aufgestellt. Bei allen Erfolgen zeigen Studien in Bremen, dass Arbeit, Lohn,
1806 Zeit und Stadt-Räume ungleich und zu Lasten von Frauen und Mädchen verteilt
1807 sind. Grundsätzlich setzen wir uns deshalb für eine stärkere Verankerung und
1808 konsequentere Anwendung des Gender Mainstreaming in allen politischen
1809 Entscheidungsprozessen ein, das gilt insbesondere für Politikfelder wie
1810 Finanzen, Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.
1811 Der Fokus grüner Politik liegt auf der eigenständigen Existenzsicherung für
1812 Frauen. Deshalb werden wir weiter gegen prekäre Arbeit, Wiedereinstiegshürden,
1813 kostenlose Pflege und das Ehegattensplitting kämpfen. Um der
1814 geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarkts entgegenzuwirken, werden wir
1815 unsere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik nutzen, um Frauen gezielt
1816 Zugänge zu zukunftssträchtigen Berufen und Branchen zu ermöglichen. Dabei werden
1817 wir besondere Programme für Alleinerziehende, Wiedereinsteigerinnen und

1818 Migrantinnen fortführen. Bisher frauendominierte Berufe müssen aufgewertet
1819 werden. Wir kämpfen für ein hohes Qualitätsniveau der Ausbildung, für bessere
1820 Aufstiegsmöglichkeiten und eine bessere Bezahlung in den Sozial, Erziehungs- und
1821 Gesundheitsberufen. Weiterhin kämpfen wir für Lohngleichheit und setzen uns
1822 deshalb weiterhin für ein Entgeltgleichheitsgesetz ein. Phasen der
1823 Fürsorgearbeit, für Bildung, Zeit für gesellschaftliches Engagement müssen
1824 gewährsleitet und sozial abgesichert sein. Hierfür wollen wir Modelle und
1825 Maßnahmen entwickeln.

1826 Körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für Frauen und Männer muss das
1827 Ziel einer modernen Gesellschaft sein. Frauen müssen über ihre Schwangerschaften
1828 frei entscheiden können. Für BezieherInnen von Transferleistungen werden
1829 Verhütungsmittel unentgeltlich bereitgestellt. Den öffentlichen medialen Druck
1830 zum perfekten Körper lehnen wir ab. Wir setzen uns ein für einen
1831 gesellschaftlichen Verständigungsprozess, der für körperliche Vielfalt
1832 sensibilisiert und Sexismus in den Medien ächtet. Das Recht auf körperliche
1833 Unversehrtheit muss auch für Intersexuelle gelten. Medizinisch nicht notwendige
1834 Eingriffe sind deshalb nur mit Einwilligung der Intersexuellen selbst
1835 durchzuführen.

1836 Uns ist bewusst, dass sich Frauen, aber in geringerem Maße auch Männer und
1837 Intersexuelle teils aus freien Stücken, teils unter dem Zwang extremer
1838 Gewaltanwendung und in zahlreichen Grauzonen zwischen beiden auf dem Sexmarkt
1839 anbieten. Durch eine bessere Regulierung der Prostitution wollen wir die
1840 Situation von SexarbeiterInnen verbessern. Ein striktes, strafrechtlich
1841 sanktioniertes, Verbot der Prostitution, halten wir für nicht zielführend. Dies
1842 haben auch Erfahrungen in Ländern wie Frankreich und Schweden gezeigt. Die
1843 Illegalisierung erschwert den solidarischen Schutz der Betroffenen gegen Gewalt,
1844 Gesundheitsgefährdungen und Ausbeutung. Eine gesetzliche Regelung soll
1845 umfassende Rahmenbedingungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten enthalten.
1846 Hierfür werden wir die Möglichkeiten nutzen, die auf Länderebene möglich sind
1847 und unsere Vorschläge im Rahmen der Reform des Prostitutionsgesetzes über den
1848 Bundesrat einbringen. Wir werden weiterhin konsequent jede Form des
1849 Menschenhandels, auch zum Zweck der sexuellen Ausbeutung bekämpfen. Hilfe für
1850 Opfer von Gewalt muss selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns
1851 deshalb weiterhin für die verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von
1852 Frauenhäusern und Beratungsstellen für beide Geschlechter ein.

1853 Geflüchtete Frauen bedürfen unserer verstärkten Solidarität. Außer politischer
1854 Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg haben sie vielfältige Formen von Gewalt
1855 erfahren, die sich gegen ihren Körper und ihre Selbstbestimmung als Frauen
1856 richten. Wir unterstützen deshalb die politische Organisationen von Migrantinnen
1857 und neue emanzipatorische Bündnisse, zwischen dem traditionellen Feminismus, den
1858 neuen „Gender-Bewegungen“ und den Migrantinnenorganisationen. In diesem Sinne
1859 kann die Gleichstellung der Migrantinnen ein Fortschritt für alle Frauen werden.
1860 Wir Grünen wollen diese Prozesse begleiten und unterstützen.

1861 **LSBTTI - Vielfältige Liebens- und Lebensformen**

1862 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle
1863 (LSBTTI) sind ein Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Lesben und Schwule
1864 können inzwischen so frei wie nie zuvor in Bremen und Deutschland lieben und

1865 leben. Das ist ein Erfolg grüner Politik. Aber Diskriminierung aufgrund
1866 sexueller Identitäten ist noch längst nicht überwunden. Wir GRÜNE treten
1867 jeglicher Form von Homo- und Transphobie entgegen, setzen auf Aufklärung und
1868 volle Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen mit
1869 heterosexuellen Lebensweisen.
1870 In Bremen haben wir das Beamtenrecht dahingehend geändert, dass eingetragene
1871 Lebenspartnerschaften der Ehe gleichgestellt werden. Damit hat Bremen als erstes
1872 Bundesland für schwule und lesbische Lebenspartner das gleiche Dienst-,
1873 Besoldungs- und Versorgungsrecht wie für Ehepaare geschaffen. Die in Teilen der
1874 Gesellschaft immer noch vorhandene Ablehnung gleichgeschlechtlicher Lebensformen
1875 zeigt, dass das Werben um mehr Toleranz und die Aufklärungsarbeit nicht
1876 nachlassen darf. Wir haben deshalb einen umfassenden Aktionsplan gegen
1877 Homophobie auf den Weg gebracht. Die Aufklärung über lesbische und schwule
1878 Lebensformen als gleichberechtigte Lebensformen ist nun auch Bestandteil des
1879 Sexualkundeunterrichts an Bremischen Schulen, so soll es Jugendlichen ermöglicht
1880 werden, zukünftig unbeschwerter und diskriminierungsfrei zur sexuellen Identität
1881 zu finden. Wir haben uns dafür eingesetzt die Diskriminierung schwuler Männer
1882 bei Blutspenden aufzuheben und fordern die Rehabilitierung und Entschädigung von
1883 kriminalisierten Menschen aufgrund des § 175.
1884 Für Lesben und Schwule besteht in der Phase ihres Coming Out ebenso intensiver
1885 Bedarf nach Beratung und Hilfe wie bei sozial-rechtlichen und medizinischen
1886 Fragen sowie Beziehungsproblemen. Wir unterstützen daher die bereits bestehenden
1887 Beratungsstellen für Schwule und Lesben wie das „Rat & Tat Zentrum“.
1888 Lesben und Schwule werden wie alle BremerInnen älter. Die Grünen setzen sich
1889 deshalb für die Berücksichtigung der lesbischen und schwulen SeniorInnen in der
1890 städtischen Pflegebedarfsplanung ein und unterstützen gleichgeschlechtliche
1891 Alterswohngemeinschaften.
1892 Auf Bundesebene setzen wir uns für einen „Aktionsplan für Vielfalt“ ein, der
1893 Homophobie und Transphobie entgegensteuert, der Forschung u.a. zu
1894 Diskriminierungen sowie queeren Lebensweisen fördert, insbesondere Jugendliche
1895 stärkt und deren Ausgrenzung im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit
1896 entgegenwirkt. In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand
1897 wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir unterstützen
1898 transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte.
1899 Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und Selbstbestimmung zum
1900 Leitbild haben, die Pathologisierung beenden und die Menschenwürde sichern. Die
1901 zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben.

1902 **Integration und Vielfalt**

1903 Die Gesellschaft Bremens zeichnet sich durch eine zunehmende Vielfalt an
1904 Herkunft, Sprache, Religion und kulturellem Hintergrund aus. Grünes Leitbild ist
1905 die inklusive Gesellschaft, die diese Vielfalt leben will und ihr Akzeptanz und
1906 Wertschätzung entgegenbringt. Wir stellen uns deshalb jeder Form von Rassismus,
1907 Islamophobie, Antisemitismus und struktureller Diskriminierung entgegen und
1908 unterstützen Antidiskriminierungsprogramme sowie Initiativen, die sich gegen
1909 Rechtsextremismus engagieren.

1910 Wir GRÜNE haben dazu beigetragen, die Bremer Integrationspolitik neu
1911 aufzustellen. Aber vieles bleibt noch zu tun. Integration braucht ein
1912 gesichertes Aufenthaltsrecht. Kettenduldungen lehnen wir strikt ab. Auf
1913 Initiative der Grünen hat Bremen Maßnahmen eingeleitet, um die unzumutbaren
1914 Duldungen auf ein Minimum zu reduzieren. Daran anknüpfend, setzen wir uns für

1915 ein Gesetzgebungsverfahren ein, das auch Menschen ohne Aufenthaltsstatus, den so
1916 genannten Papierlosen, eine solche Perspektive eröffnet. Aus grüner Sicht
1917 beinhaltet ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsgesetz die Akzeptanz von
1918 Mehrstaatigkeit. Außerdem setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auch
1919 Migrantinnen und Migranten aus sog. Drittstaaten das kommunale Wahlrecht
1920 erhalten, wenn Bremen ihr Lebensmittelpunkt ist.

1921 Erwerbstätigkeit ist ein Motor für den Integrationsprozess. Deshalb ist der
1922 Zugang zum Arbeitsmarkt wichtig. Wir haben das Gesetz zur Anerkennung
1923 ausländischer Berufe entsprechend gestaltet. Nun gilt es, die Ergebnisse der
1924 Evaluation einer ehrlichen Analyse zu unterziehen, besonders im Hinblick auf die
1925 Ingenieur- und Architektenberufe. Wir machen uns für
1926 Nachqualifizierungsmaßnahmen stark. Dazu gehört auch die Förderung der
1927 Berufssprache Deutsch.

1928 Unser Ziel einer institutionellen Vereinbarung mit den Bremer Muslimen haben wir
1929 erreicht. Die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe der Muslime und die
1930 bessere Einbindung ihrer Organisationen in das öffentliche Leben Bremens wollen
1931 wir weiter vorantreiben. Wir stellen uns der Diskriminierung von Mädchen und
1932 Frauen mit Kopftuch entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass das pauschale
1933 Kopftuchverbot aufgehoben wird und streben ein Verfahren mit Einzelfallprüfung
1934 an.

1935 Die kontinuierliche Zunahme von Flüchtlingen stellt Bremen weiterhin vor die
1936 Herausforderung, Flüchtlingsunterkünfte in ausreichender Kapazität vorzuhalten.
1937 Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, dass dieser Herausforderung dank
1938 des bürgerschaftlichen Engagements unter Wahrung der humanitären Aspekte
1939 begegnet werden kann. Gemeinschaftsunterbringung ist jedoch nur für einen
1940 begrenzten Zeitraum und in kleinen Einheiten akzeptabel. Das Recht auf eine
1941 angemessene Wohnung und selbstverantwortliche Lebensgestaltung für Flüchtlinge
1942 bleibt unser zentrales Anliegen!

1943 Migrantinnen und Migranten wenden sich zunehmend an soziale Einrichtungen,
1944 Gesundheitsdienste und Beratungsstellen. Um eine professionelle und wirksame
1945 Betreuung zu sichern, treten wir für kultursensible Dolmetscher-Dienste in den
1946 Stadtteilen ein und wollen Regelungen für die Kostenübernahme festlegen.

1947 Für eine Erfolg versprechende Integrationspolitik der Zukunft müssen alle
1948 Politikfelder in die Pflicht genommen werden. Deshalb sind wir für ein Bremer
1949 Partizipations- und Integrationsgesetz, das die strukturelle Gleichstellung der
1950 Menschen mit Migrationshintergrund für alle Bereiche des öffentlichen Lebens
1951 gesetzlich verankert. Nur so kann aus unserer Sicht die Gestaltung einer
1952 inklusiven Gesellschaft im Land Bremen ernsthaft vorangetrieben werden, und das
1953 ist unser Ziel.

1954 **Vielfalt durch Mehrsprachigkeit**

1955 In modernen Gesellschaften wie unserer hängen beruflicher Erfolg und
1956 gesellschaftliche Teilhabe zunehmend von der Fähigkeit ab, in mehreren Sprachen
1957 kommunizieren zu können. Die Förderung und der Erhalt weltweit gesprochener und
1958 regionaler Sprachen sind von hohem kulturellem Wert. Deshalb sind die
1959 individuelle Förderung mehrsprachiger Kompetenzen sowie die Schaffung günstiger

1960 Bedingungen für Mehrsprachigkeit, also für das Aufwachsen und Leben mit mehr als
1961 einer Sprache, insbesondere in den Einrichtungen des Bildungswesens, für uns
1962 GRÜNE wichtige Aufgaben.

1963 Spezifisch heißt das für Bremen auch: plattdeutsch hört to Bremen darto! Daher
1964 haben wir einen Beirat plattdeutsch "Bierot up platt" eingerichtet, um gemeinsam
1965 darüber zu beraten, wie es uns gelingen kann, dass die plattdeutsche Sprache
1966 erhalten bleibt. Vor allem ist es enorm wichtig, dass jungen Menschen
1967 plattdeutsch wieder näher gebracht wird und attraktiver gestaltet werden muss -
1968 ganz nach dem Motto "platt is cool". Hier sind KITAS, Schulen und
1969 Jugendeinrichtungen gefragt. Auch die Kulturszene bietet eine Menge von
1970 Möglichkeiten. Es ist besonders wichtig, Plattdeutsch in seiner ganzen
1971 Ausdruckskraft sichtbar zu machen - das kann hier am besten gelingen und daher
1972 wollen wir künftig weiter plattdeutsche Projekte unterstützen.

1973 **Inneres**

1974 Freiheit und Sicherheit sind Eckpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.
1975 Diese zu wahren ist die Aufgabe des Staates. Dabei gilt es die Balance zwischen
1976 den erforderlichen Sicherheitsbedürfnissen der Menschen und der Wahrung ihrer
1977 Bürgerrechte zu halten. Wir halten nichts davon Bürgerinnen und Bürger unter
1978 Generalverdacht zu stellen und sie massenweise überwachen zu lassen. Ein guter
1979 Staat steht seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenüber.

1980 Eine moderne und offene Polizei schafft die Grundlage für Sicherheit in unserem
1981 Bundesland. Wir setzen uns dafür ein, dass sie auch in den kommenden Jahren eine
1982 verlässliche Personalausstattung erhält und ihren vielfältigen Aufgaben in der
1983 Präventionsarbeit und Kriminalitätsbekämpfung gerecht werden kann. Hierzu sind
1984 aus Sicht von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN 2.500 Beschäftigte bei der Polizei Bremen
1985 und 474 bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven notwendig. Wir wollen die Stärken
1986 der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und der Polizei Bremen in einer gemeinsamen
1987 Polizei des Landes bündeln. Den Anteil von Frauen und von Menschen mit
1988 Migrationshintergrund auch in den Führungspositionen der Polizei wollen wir
1989 erhöhen.

1990 Die Polizei muss ein klar rechtsstaatliches Profil haben, um ihrer Verantwortung
1991 gegenüber dem Staat und den Einwohnern gerecht zu werden. Das Vertrauen der
1992 Bürgerinnen und Bürger in die Polizei ist ein hohes Gut. Auch Polizistinnen und
1993 Polizisten müssen vor Diffamierung geschützt werden. Bei Vorwürfen
1994 unrechtmäßiger Polizeiarbeit haben alle Beteiligten ein Interesse an
1995 rückhaltloser Aufklärung. Die Arbeit der internen Ermittlung bei dem Senator für
1996 Inneres ist dafür wichtig. Außerdem soll sie auch für einzelne Polizistinnen und
1997 Polizisten eine unabhängige Ansprechpartnerin sein, an die sie sich bei
1998 Missständen wenden können. Darüber hinaus wollen wir die Position einer/eines
1999 Polizeibeauftragten beim Landtag einrichten. Sie oder er wird Opfer von
2000 Polizeiübergriffen über ihre Möglichkeiten informieren, beraten und
2001 gegebenenfalls bei weiteren Schritten unterstützen, kann zugleich aber dazu
2002 beitragen, ungerechtfertigte Anwürfe frühzeitig auszuräumen.

2003 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN lehnen Gewalt ab. Angriffe auf Polizeibeamtinnen und
2004 Polizeibeamte sind für uns nicht akzeptabel und müssen mit den Mitteln des

2005 Rechtsstaates schnell und klar geahndet werden. Populistische Forderungen nach
2006 Strafverschärfung halten wir für falsch und wirkungslos. Wir wollen gemeinsam
2007 mit den Gewerkschaften und den Vertretungsorganen in einen Dialog treten, wie
2008 die Beamtinnen und Beamten im Dienst besser geschützt werden können und für
2009 gegenseitigen Respekt öffentlich werben.
2010 Den Einsatz des Tasers, einer Elektroschock-Waffe, lehnen wir ab und werden ihn
2011 als Waffe aus dem Polizeigesetz streichen. Die Folgen des Einsatzes sind nicht
2012 eindeutig vorhersehbar.
2013 Das so genannte „Racial Profiling“, z.B. Kontrollen aufgrund der Hautfarbe darf
2014 keine Grundlage polizeilichen Handelns werden.
2015 Die rechtlichen Grundlagen für die sogenannten „Gefahrenorte“ wollen wir klarer
2016 fassen und somit einer ausufernden Handhabung entgegen treten. Das Bestreben,
2017 die in Umlauf befindlichen Waffen zu reduzieren wird von Bündnis90/ Die Grünen
2018 ausdrücklich unterstützt.

2019 Um die vielfältiger gewordenen Aufgaben und Ansprüche an die Polizei finanzieren
2020 zu können, halten wir es für richtig, dass Verursacher von außergewöhnlich hohen
2021 Polizeikosten - verursacht durch Wochenend-Überstunden von mehreren
2022 Hundertschaften - daran beteiligt werden sollen, etwa bei Risikospielen der
2023 Fußballbundesliga.
2024 Die beste Bekämpfung von Kriminalität und Gewalttaten ist, sie gar nicht erst
2025 entstehen zu lassen. Jugendliche, mit positiver Lebensperspektive haben größere
2026 Chancen nicht kriminell zu werden. Kindergärten, Schulen, Jugendgruppen,
2027 Freizeitheime und Vereine sind auch wichtig als Einrichtungen der Prävention.

2028 Wir müssen Präventionskonzepte entwickeln und umsetzen, die vor allem junge
2029 Männer davon abbringen können, sich zu radikalisieren, und von Bremen aus in den
2030 „Heiligen Krieg“ zu ziehen. Wir wollen verhindern, dass selbsternannte
2031 „Gotteskrieger“ etwa nach Syrien oder in den Irak reisen, um dort schwere
2032 Gewalttaten zu verüben. Radikalisierte Menschen, die einen Glaubenskrieg in
2033 Bremen führen wollen, müssen wir mit der ganzen Bandbreite von (Re-
2034)Integrationsangeboten bis zur Strafverfolgung begegnen.

2035 Die Feuerwehren im Land Bremen sind ein wichtiger Bestandteil unserer
2036 Sicherheitsarchitektur. Wir werden sie auch in Zukunft personell verlässlich
2037 ausstatten. Unsere Stadt ist gerade an den Rändern in den letzten Jahren
2038 gewachsen. Dieser Entwicklung muss auch die Brandschutzbekämpfung Rechnung
2039 tragen. Im Rahmen der Diskussion des Brandschutzkonzeptes sind wir offen für
2040 Veränderungen der Standorte. Die Kräfte der Feuerwehr müssen sich auf ihr
2041 Einsatzmaterial verlassen können. Wir setzen uns auch weiterhin für eine moderne
2042 und leistungsfähige Ausstattung ein.
2043 Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wichtiger Bestandteil des Brandschutzes in
2044 unserer Stadt. Das ehrenamtliche Engagement schätzen wir sehr. Wir unterstützen
2045 daher die Wehren bei der Gewinnung neuer Kräfte, insbesondere von Frauen und
2046 Menschen mit Migrationshintergrund durch eine entsprechende Kampagne. Wir wollen
2047 als Dankeschön alle Ehrenamtlichen mit der Ehrenamts-card ausstatten.

2048 Das Stadtamt Bremen ist das Aushängeschild der Bremischen Verwaltung. Keine
2049 andere Behörde hat eine solch hohe Anzahl an Bürgerkontakten. Das hohe
2050 Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir nutzen, um den Umbau
2051 der Behörde weiter voran zu treiben, Doppelstrukturen abzubauen und

2052 Verwaltungswege zu vereinfachen.
2053 Die Ausländerbehörde wurde zu einer Servicestelle für Aufenthalt und
2054 Einwanderung umstrukturiert. Gleichwohl wissen wir, dass noch nicht alles
2055 reibungslos funktioniert. Gemeinsam mit den Beschäftigten und Nutzern wollen wir
2056 weitere Verbesserungen in der Arbeit erreichen.

2057 Wir haben den Verfassungsschutz grundlegend reformiert. Die schrecklichen Taten
2058 des NSU und das Versagen der betroffenen Sicherheitsbehörden sind für uns
2059 Mahnung und Antrieb zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzgesetzes gewesen.
2060 Dabei haben wir die Ergebnisse des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses
2061 berücksichtigt und u.a. den Einsatz von V-Leuten restriktiv verändert.

2062 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN arbeiten aktiv gegen Rechtsextremismus und die
2063 schleichende Verankerung rechtsextremistisch-menschenfeindlicher Haltungen im
2064 Gedankengut der gesellschaftlichen Mitte. Eine konsequent demokratische und
2065 soziale Gesellschaft zu schaffen, die mit wachen Sinnen Menschenfeindlichkeit
2066 wahrnimmt und begegnet, ist Aufgabe aller Bremerinnen und Bremer.

2067 **Bremerinnen und Bremer in Bewegung/Sport**

2068 Grüne Sportpolitik hat zum Ziel, Bewegungs- und Spielmöglichkeiten für Menschen
2069 jeden Alters mit und ohne Vereinsbezug zu schaffen und zu erhalten. Inklusion
2070 ist auch und gerade im Sport für uns von hoher Bedeutung. Dabei stehen wir für
2071 verlässliche Rahmenbedingungen, die die Arbeit der Sportvereine und der
2072 zahlreichen Ehrenamtlichen sichern.

2073 In den letzten vier Jahren konnten wichtige Sanierungsprojekte realisiert
2074 werden, wie die Sanierung von Bezirkssportanlagen, der Leichtathletiklaufbahn,
2075 Schulsporthallen oder Instandsetzungen in Huchting sowie der Pauliner Marsch. In
2076 Zukunft werden wir wichtige und notwendige Sanierungen und Reparaturen dort
2077 durchführen wo es dringend notwendig ist.

2078 Für uns Grüne ist klar, alle Bremerinnen und Bremer müssen Gelegenheit zur
2079 sozialen Teilhabe haben. Der Zugang zu Sportvereinen ist deshalb von immenser
2080 Bedeutung. Hier wird der soziale Zusammenhalt gefördert, fair play eingeübt und
2081 Gesundheitsprävention betrieben. Die Kooperationen zwischen Schulen, Kitas,
2082 Senioreneinrichtungen, sozialen Einrichtungen, MigrantInnen und Vereinen ist ein
2083 wichtiger Baustein. Diesen Bereich wollen wir auch in Zukunft fördern und
2084 Einrichtungen unterstützen.

2085 Öffentlicher Raum für Bewegung und Spiel für Kinder und Jugendliche ist aus
2086 Grüner Sicht ein Grundbaustein für soziales Freizeitverhalten. Wir fördern
2087 deshalb Vorhaben, die Mädchen und Jungen in gleichem Maße die Möglichkeit zu
2088 Bewegung im öffentlichen Raum bieten.

2089 Wir Grüne lehnen jede Form von Gewalt - sei sie verbaler, psychischer oder
2090 physischer Natur - im Sport ab. Wir unterstützen deshalb Präventionsprogramme
2091 und Fanprojekte, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie im Sport
2092 sensibilisieren. Zur Bekämpfung von Gewalt bei sog. Risiko-Fußballspielen setzen
2093 wir ebenso auf Prävention. Die hervorragende Arbeit der Fanprojekte unterstützen

2094 wir ausdrücklich. Sexualisierter Gewalt treten wir auch im Sport entschieden
2095 entgegen und arbeiten weiterhin an wirksamen Schutzmechanismen gegen sexuelle
2096 Übergriffe und machen uns für eine Kultur des Hinsehens stark.

2097 Grüne Politik misst sich auch im Sport an den finanziellen Realitäten. Das
2098 bedeutet, die wenigen finanziellen Mittel des Sportbereichs gezielt zu nutzen,
2099 um Vereine und Projekte zu fördern. Wir wollen, dass sich auch in Zukunft
2100 Ehrenamtliche im Sport engagieren, deshalb sichern wir die
2101 Überungsleiterpauschale ab. Uns liegen wohnortnahe und moderne
2102 Sportgelegenheiten am Herzen. Die Weiterentwicklung des Sports sowie der
2103 Vereins- und Verbandstrukturen unterliegt auch der demografischen Entwicklung.
2104 Daher werden wir die Ergebnisse des Sportentwicklungsplans prüfen und in
2105 Kooperation mit dem Ladessportbund zukunftsweisend umsetzen.

2106 Angesichts der zunehmenden Anzahl von Nichtschwimmern messen wir der Förderung
2107 des Schwimmsports eine hohe Bedeutung zu. Die Bremer Bäder sowie deren Sanierung
2108 haben bleibt in den nächsten Jahren ein zentrales Thema.

2109 **Justiz**

2110 Wir Grünen stehen für eine effiziente und bürgerInnennahe Justiz. Sie muss so
2111 ausgestattet und organisiert sein, dass zeitnah Entscheidungen fallen.
2112 Insbesondere für Rechtsstreitigkeiten im Verwaltungsrecht und Finanzrecht gilt,
2113 dass Rechtssicherheit in überschaubarer Zeit auch ein wichtiger Faktor bei
2114 Standortentscheidungen von Unternehmen ist.
2115 Effektive Gerichte brauchen eine ausreichende Personalausstattung. Es ist uns in
2116 der Justizverwaltung bereits gelungen, durch effizientere Bearbeitungssysteme
2117 MitarbeiterInnen besser einzusetzen. Weiter verbesserter Technikeinsatz wird
2118 auch in Zukunft dazu beitragen, den Aufgaben auch ohne Personalausweitung
2119 gerecht zu werden.
2120 Ein wichtiger Baustein zur Entlastung der Gerichte ist auch die Vermeidung von
2121 unnötigen Rechtstreitigkeiten. Wir wollen gerade im Bereich der Verwaltungs- und
2122 Sozialgerichtsbarkeit gezielt Problemschwerpunkte identifizieren und das
2123 vorgelagerte Verwaltungsverfahren rechtssicherer und transparenter gestalten.
2124 Außerdem sprechen wir uns für die Stärkung außergerichtlicher Konfliktbeilegung
2125 wie z.B. Mediation aus. Wir wenden uns entschieden dagegen, die Anrufung der
2126 Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken
2127 und unterstützen die Einführung einer Mediationskostenhilfe.

2128 Bremen hatte jahrelang einen vorbildlichen Umgang mit Opfern einer
2129 Vergewaltigung. Jetzt müssen wir feststellen, dass nur wenige Anklagen und noch
2130 weniger Verurteilungen dieser Straftat erfolgen. Grüne wollen dieses Thema
2131 wieder stärker in den Fokus nehmen und sich auch für eine Änderung der
2132 Rechtslage auf Bundesebene stark machen.

2133 In der letzten Legislaturperiode ist es uns gelungen, die Selbstverwaltung der
2134 Justiz sowie der organisatorischen Angelegenheiten der Justizverwaltung durch
2135 eine Anpassung des Richtergesetzes zu stärken. Wir wollen prüfen, ob diese
2136 Schritte noch ausgeweitet werden können und für Bremen die Einrichtung von
2137 Leitungsfunktionen auf Zeit sich als sinnvoll erweisen könnte.

2138 Die Grünen wollen die Voraussetzungen für die Übernahme eines Richteramtes
2139 verändern, damit in Zukunft mehr Menschen mit Migrationshintergrund und höherem
2140 Lebensalter berufen werden können.

2141 Gute soziale und kulturelle Lebensbedingungen sind die beste
2142 Kriminalitätsprävention. Daher möchten wir uns vor allem für bessere Bildung,
2143 bessere Wohnverhältnisse und für gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen
2144 Reichtum einsetzen. Um bereits beginnende kriminelle Karrieren zu stoppen,
2145 müssen Strafen zeitnah, angemessen und spürbar sein. Hierzu möchten wir das
2146 bereits begonnene Programm „Stopp der Jugendgewalt“ weiter evaluieren und
2147 anpassen. Außerdem setzen wir uns für eine bessere Qualifikation der
2148 StaatsanwältInnen und RichterInnen bei den Jugendstaatsanwaltschaften und
2149 Jugendgerichten ein.

2150 Bremen hat mit der umfassenden Sanierung der Haftanstalten im Land Bremen
2151 begonnen, damit ein moderner und humaner Strafvollzug möglich wird.
2152 Wir setzen uns für einen Strafvollzug ein, der auf Resozialisierung gerichtet
2153 ist. Dem Ziel der Resozialisierung dienen der Vollzug in Wohngruppen und der
2154 offene Vollzug. Nach unserer Auffassung gehört es außerdem zur Resozialisierung,
2155 die Haftzeit zur Ausbildung und zur Entschuldung der Gefangenen zu nutzen. Wir
2156 setzen uns für die Abordnung einer Lehrkraft für den Unterricht für
2157 schulpflichtige Gefangene im Jugendvollzug ein, sowie für die Möglichkeit der
2158 Schuldnerberatung bereits in den ersten drei Monaten der Haft. Die
2159 Bildhauerwerkstatt und das Projekt Knastgewächse müssen erhalten bleiben.

2160 Menschen, die Probleme mit der Bewältigung ihrer rechtlichen Angelegenheiten
2161 haben, haben einen Anspruch auf rechtliche Betreuung. Dabei sollen alle
2162 Entscheidungen mit der bzw. dem Betreuten zusammen erfolgen und der persönliche
2163 Kontakt im Vordergrund stehen. Deshalb wurde der ehrenamtlichen Betreuung durch
2164 Angehörige oder nahe stehende Personen Vorrang eingeräumt. Wir Grüne wollen
2165 durch bessere Beratung die Zahl der ehrenamtlichen und Vereinsbetreuungen
2166 erhöhen.

2167 **Europa/Internationales/Entwicklung**

2168 Das Land Bremen versteht sich nach seiner Verfassung ausdrücklich als „Glied der
2169 deutschen Republik und Europas“. Wir sehen dies als Verpflichtung, weiterhin an
2170 einer immer engeren Union der Völker Europas mitzuwirken. Nach wie vor gilt:
2171 Freiwilliger Zusammenschluss der Staaten, die Teilung der Souveränität und
2172 gemeinsame Regeln des Rechts sichern den inneren und äußeren Frieden in Europa.
2173 Es gilt gerade für ein Land wie Bremen, dass nur ein offener gemeinsamer Markt
2174 mit klaren politischen Regeln Wohlstand und Sicherheit bieten kann. Die
2175 Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere die Finanzkrise, haben uns noch
2176 einmal dramatisch vor Augen geführt, dass lokale oder nationale Lösungen nicht
2177 mehr ausreichen. Notwendig ist gemeinsames Handeln, um überhaupt handlungsfähig
2178 zu bleiben.

2179 Deswegen treten wir dafür ein, dass das Land Bremen sich weiterhin aktiv an der
2180 Ausgestaltung der europäischen Integration beteiligt. Inhaltliche Schwerpunkte
2181 der nächsten Jahre werden für uns sein: die Klima-, Energie- und Umweltpolitik,
2182 der Datenschutz, die Integrations- und Flüchtlingspolitik, und vor allem das

2183 geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Sonderrechte für Investoren gegen
2184 die Demokratie darf es durch TTIP ebenso wenig geben wie eine Absenkung beim
2185 Umwelt- und Gesundheitsschutz. Aber auch beim Klimaschutz und in der
2186 Flüchtlingspolitik werden wir in Deutschland Druck machen, damit das
2187 einflussreichste Land der EU sich für höhere, nicht für niedrigere, Standards
2188 einsetzt.

2189 Dafür wollen wir alle Möglichkeiten der aktiven Einflussnahme auf die
2190 europäische Politik fördern: Wir werden die anerkannt hohe Leistungsfähigkeit
2191 der bremischen Landesvertretung erhalten. Wir wollen die aktive Mitarbeit
2192 Bremens im Ausschuss der Regionen fortsetzen. Wir möchten Netzwerke wie den
2193 europaweiten „Konvent der Bürgermeister“ zum Umweltschutz vermehrt nutzen. Auch
2194 dafür werden wir die Weiterentwicklung der „Europafähigkeit“ der bremischen
2195 Verwaltung verstärkt unterstützen, durch Abordnungen, Bewerbung als Experten,
2196 Weiterbildung.

2197 Bremen hat sich in der Vergangenheit auf Grundlage seiner
2198 integrationsfreundlichen Haltung erfolgreich mit innovativen Ideen an den
2199 europäischen Förderprogrammen beteiligt, vor allem in den Bereichen Wissenschaft
2200 und Umwelt. Um diesen Erfolg fortzusetzen, muss hohe Beratungskompetenz in der
2201 gesamten Verwaltung sichergestellt sein.

2202 Der EuropaPunktBremen macht eine anerkannt gute Arbeit als Informations- und
2203 Diskussionspunkt für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir werden dafür sorgen, dass
2204 diese Arbeit fortgesetzt wird. In der politischen Bildung insgesamt, auch in der
2205 Arbeit der Landeszentrale, muss die europäische Dimension wieder eine größere
2206 Bedeutung bekommen. Es sollte in Bremen mehr Schulen mit europäischem Geist und
2207 Herz geben. Angesichts der hohen Voraussetzungen für die förmliche Anerkennung
2208 als „Europaschule“ wollen wir die Unterstützung europäisch aktiver Schulen
2209 verbessern.

2210 Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Bremen ist eine besondere Tradition,
2211 die wir angesichts neuer Herausforderungen fortsetzen wollen. Wir wollen daher
2212 die Zusammenarbeit mit der GIZ fortsetzen, um nachhaltige Projekte in den
2213 Ländern des Südens zu unterstützen. Die Arbeit der entwicklungspolitischen
2214 Netzwerke wird sichergestellt, bei Wahrung der Pluralität der Ansätze. Wir
2215 wollen die bremischen Initiativen aus der Zeit der „Hauptstadt des fairen
2216 Handels“ stabilisieren und die Ziele des Fairen Handels auch auf europäischer
2217 Ebene stärker zur Geltung bringen. Und wir wollen in der Vergabe öffentlicher
2218 Aufträge und bei der Beschaffung von Gütern für die öffentliche Verwaltung
2219 Schritt für Schritt die Kriterien fairen Handels möglichst umfassend
2220 berücksichtigen. Das gilt vor allem für Kindergärten, Schulen und Hochschulen,
2221 weil sich gerade hier den jungen Menschen mit alltäglichen, fair gehandelten
2222 Produkten die Aufgaben globalen Zusammenhalts und Verantwortung deutlich machen
2223 lassen.

2224 **Verbraucherschutz und Ernährung**

2225 Die Welt, in der wir leben, verändert sich mit rasanter Geschwindigkeit und hat
2226 eine noch nie dagewesene Komplexität gewonnen. Rund um die Uhr können Tausende
2227 von Produkten gekauft werden. Vielfältige Entscheidungen müssen zu Gesundheit

2228 und Pflege, Textilien, Ernährung, Rentenversicherung und Finanzen, Mobilität und
2229 Energieversorgung getroffen werden.

2230 VerbraucherInnen fällt es demzufolge häufig schwer, den Überblick zu behalten
2231 und unseriöse Angebote und Geschäfte krimineller Natur zu identifizieren. Der
2232 VerbraucherInnenschutz ist hiermit mit seinen Auswirkungen und seinen
2233 Wechselwirkungen zu vielen anderen Bereichen (Gesundheit, Landwirtschaft,
2234 Wirtschaft, Soziales, Energie, Finanzen, Tierschutz, Umwelt, Recht und Unrecht)
2235 ein klassischer Querschnittsbereich und somit für uns Grüne ein zentrales
2236 Politikfeld.
2237 Die wesentlichen Säulen sind Schutz durch Transparenz, Aufklärung, Überwachung
2238 und Kontrollen sei es durch Einfuhrkontrollen oder Betriebs- und
2239 Lebensmittelkontrollen. Diese Aufgaben müssen vom Land Bremen umfassend
2240 wahrgenommen werden. Wir Grüne haben die weitere Verbesserung der Bremer
2241 Verbraucherschutzstrategie und die Verbesserung der staatlichen Kontroll- und
2242 Überwachungsfunktionen vorangetrieben. Wichtig war uns die realisierte
2243 Einführung einer Verbraucherschutzklausel, mit der bei Verwaltungshandeln sicher
2244 gestellt sein soll, dass Interessierten der VerbraucherInnen in den Blick
2245 genommen werden. Wir werden auch zukünftig verschiedene Beiträge im Sinne eines
2246 verbesserten Verbraucherschutzes leisten z. B. durch Aufklärung und Information
2247 der KonsumentInnen, Weiterentwicklungen von Kennzeichnungen sowie eine klare
2248 Deklaration aller Waren. Ein Beispiel dafür ist unsere Initiative, um eine
2249 Kennzeichnungspflicht der Haltungsform aller tierischer Produkte zu erreichen.

2250 VerbraucherInnenschutz umfasst auch den Bereich Ernährung. Wir stehen für eine
2251 gute nachhaltige und gesunde Ernährung, die Umwelt und Klima nicht belastet, für
2252 die Tiere nicht gequält und Menschen nicht ausgebeutet werden. Der Bereich der
2253 öffentlichen Beschaffung kann als Vorbild wirken. In Kitas, Schulen,
2254 Krankenhäusern und Kantinen wollen wir verstärkt gesunde Ernährung fördern:
2255 Nahrungsmittel mit dem Schwerpunkt ökologischer Landbau, möglichst regional und
2256 saisonal. Tierische Erzeugnisse sollen dort nicht aus der Massentierhaltung
2257 sondern aus artgerechter Tierhaltung stammen. Wir wollen, dass dies sukzessive
2258 bis 2020 umgesetzt wird. Dies nützt einer besseren Gesundheit, wirksameren
2259 Klimaschutz und einem besseren Leben der Tiere. Ernährung hat eine globale wie
2260 lokale Dimension. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch weiterhin
2261 aktiv stärken, ihre eigenen Kompetenzen zu schärfen. Politik mit dem
2262 Einkaufskorb: Das ist ein zentrales Leitbild der grünen Verbraucherpolitik.
2263 Durch das Einkaufsverhalten kann entscheidend beeinflusst werden, welche Produkte
2264 sich am Markt durchsetzen. Das setzt voraus, dass Produkte entsprechend
2265 deklariert und erkennbar sind. Für diese Orientierungsleistung ist auch eine
2266 starke unabhängige Verbraucherzentrale von hoher Bedeutung.

2267 **Tierschutz**

2268 Tierschutz hat bei uns einen hohen Stellenwert. Wenn Tieren Leid zugefügt wird,
2269 sei es durch kriminelle Tierquälerei, durch Nahrungsmittelproduktion, durch Zur-
2270 Schau-Stellung oder nicht artgerechte Haltung, schauen wir nicht weg. Wir geben
2271 Tieren eine Stimme in der Politik und setzen uns für eine Verbesserung des
2272 Tierschutzes in unserer Gesellschaft ein. Wir sind nach wie vor gegen die
2273 Affenversuche an der Uni Bremen. Diese und viele andere Tierversuche halten wir
2274 weiterhin für ethisch nicht vertretbar.

2275 Wir brauchen ein Heimtierschutzgesetz auf Bundesebene. Wir werden uns dafür
2276 einsetzen, dass es ein neues Tierschutzgesetz für Heimtiere gibt. Oftmals werden
2277 Heimtiere wie Hunde, Katzen, aber vor allem Kleintiere und Vögel nicht
2278 artgerecht gehalten. Das bestehende Tierschutzgesetz reicht nicht aus, um
2279 Haustiere vor diesem Tierleid zu schützen. Damit Amtstierärzte künftig eine
2280 klare, gesetzliche Vorschrift und damit mehr Handlungsspielraum und
2281 Entscheidungsbefugnis bei Missbrauchsfällen haben, ist die Einführung einer
2282 solchen Gesetzesnovelle zum Schutz unserer Haustiere unerlässlich.

2283 Für uns ist klar: mit der Massentierhaltung und industrieller Fleischproduktion
2284 kann es so nicht weitergehen. Der unwürdige Umgang mit sogenannten Nutztieren
2285 muss beendet werden. Es ist kein Zufall, dass sehr oft Verstöße gegen
2286 Arbeitnehmerrechte und gegen den Tierschutz und artgerechte Haltung in den
2287 selben Betrieben vorkommen. Respekt vor Mensch UND Tier drückt eine
2288 Lebenseinstellung aus, die beim uns Grünen Programm ist. Wir brauchen dringend
2289 ein neues Tierschutzgesetz für eine artgerechte Haltung von Nutztieren. Dadurch
2290 sorgen wir für tiergerechte Haltungsbedingungen und stoppen den Missbrauch von
2291 Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften. Die
2292 ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung hat für uns Vorrang:
2293 daher möchten wir in Bremen langfristig erreichen, dass in öffentliche Mensen
2294 ausschließlich Fleisch aus ökologischer Tierhaltung angeboten wird.

2295 Ponykarussells sind von gestern! Wir setzen uns dafür ein, dass das
2296 tierquälerische Ponyreiten auf Bremens Jahrmärkten untersagt wird. Die Körper
2297 der Ponys sind nicht auf stundenlanges Laufen im Kreis ausgelegt. Spaß auf dem
2298 Freimarkt geht auch anders! Aus diesen Gründen fordern wir, dass in Bremen
2299 rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Ponykarussells sowie die
2300 Zurschaustellung anderer Tiere auf Bremischen Jahrmärkten mit Fahrbetrieben zu
2301 untersagen.

2302 Registrierung schützt!
2303 Wir haben eine Katzen-Kastrationspflicht in Bremen und Bremerhaven eingeführt.
2304 In Bremerhaven gibt es zusätzlich noch eine Chippflicht für Katzen. Wir setzen
2305 uns künftig dafür ein, dass Hunde und Katzen in Bremen gechipt und registriert
2306 und durch eine Haftpflichtversicherung abgesichert werden müssen. So werden
2307 Tierheime und TierbesitzerInnen entlastet, weil ausgesetzte oder entlaufene
2308 Tiere ihren HalterInnen schnell zurückgeführt werden könne oder aber erneuter
2309 Tiermissbrauch künftig unterbunden wird.

2310 Exoten gehören in die Natur- nicht in eine Wohnung!
2311 Aus tierschutzpolitischer Sicht halten wir die Haltung von exotischen Tieren wie
2312 Echsen, Leguanen, Schlangen und Spinnen u.a. für fragwürdig. Exoten haben
2313 besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung- oftmals fehlt BesitzerInnen die nötige
2314 Sachkunde über die tiergerechte Haltung. Illegaler Handel mit exotischen Tieren,
2315 besonders im Internet, ist leider keine Seltenheit. Wir wollen überprüfen, ob
2316 Exotenbörsen und -Messen so noch in Bremen stattfinden müssen.